

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung

2. Sitzung
7. Februar 2022

Beginn: 09.02 Uhr
Schluss: 12.03 Uhr
Vorsitz: Frau Abg. Ahmadi (GRÜNE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 (neu) der Tagesordnung

Verfahrensregeln

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzende Gollaleh Ahmadi: Ich rufe auf

Punkt 2 (neu) der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Richtlinien der Regierungspolitik
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

[0007](#)
InnSichO

- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0010](#)
InnSichO
**Darstellung der Leitlinien der Regierungspolitik für
den Bereich Inneres, Sicherheit und Ordnung durch
die Senatorin für Inneres, Digitalisierung und Sport**
(auf Antrag der Fraktion der CDU)

Wird das Wort zur Begründung des Besprechungsbedarfes zu Punkt 2 a durch die Fraktion der SPD, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen oder die Fraktion Die Linke gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Wird das Wort zur Begründung des Besprechungsbedarfes zu Punkt 2 b durch die Fraktion der CDU gewünscht? – Das ist auch nicht der Fall. Dann kommen wir zur einleitenden Stellungnahme des Senats. – Frau Senatorin, Sie haben das Wort!

Senatorin Iris Spranger (SenInnDS): Herzlichen Dank, Frau Vorsitzende! – Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe mir erlaubt, Ihnen eine Präsentation auf den Tisch zu legen, weil es ohnehin so ist, dass wenn man eine Präsentation macht, die meistens mit dem Protokoll kommt. Deshalb habe ich veranlasst, dass Sie das gleich auf dem Tisch haben, so dass Sie den Vortrag mitverfolgen können.

Das ein Ansatz, natürlich resultierend aus den Koalitionsverhandlungen, den wir Ihnen jetzt, nach den ersten sechs Wochen, erst mal gern vorlegen möchten. Deshalb sei es mir gestattet, als Vorbemerkung die politischen Ziele der Koalition und natürlich auch insbesondere meine Ziele als Innensenatorin zu nennen: Wir stehen als Koalition natürlich für den Schutz der Grundrechte und Grundwerte unserer Gesellschaft. Das merken Sie dann auch an den einzelnen Punkten, und uns ist es sehr wichtig, dass Sie das auch noch einmal hier von mir hören. Natürlich ist es so, dass sich die Berlinerinnen und Berliner in unserer Stadt sicher fühlen sollen und auch sicher sein müssen. Das habe ich auch bereits in all meinen Statements, wenn ich gefragt worden bin, auch aufgrund der aktuellen Situation in Berlin, immer wieder bekräftigt. Das gehört für mich zu den Grundwerten dazu, und das ist für mich eine sehr wichtige Aussage, denn wir stärken dadurch nicht nur die persönliche Sicherheit der Berlinerinnen und Berliner, sondern wir wollen natürlich auch all das stärken, was dazu führt, dass es sicher ist. Dazu gehören insbesondere die Polizei, alle Sicherheitskräfte, die Feuerwehr, natürlich – auch aufgrund der aktuellen Situation – alle die, die für die Sicherheit der Stadt unterwegs sind, auch für diejenigen, die unsere Hilfe brauchen. Das ist mir sehr wichtig. Deshalb bekennt sich die Koalition und bekenne ich mich als Innensenatorin ganz klar gegen jede Gewalt, die ausgeübt wird, egal gegen wen, und gegen jegliche Form von menschenfeindlichen Einstellungen und Bestrebungen – um das ganz klar nach vorn zu stellen und damit Sie das auch noch mal von mir gehört haben. Das muss man von einer Innensenatorin erwarten, und das mache ich auch.

Auf Seite 3 der Vorlage geht es um die Einstellungsoffensive bei Polizei und Feuerwehr. Ich habe es an anderer Stelle schon gesagt: Sicherheit bedeutet natürlich auch, dass man diejenigen, die die Sicherheit in der Stadt umsetzen, personell stärkt. Darum ging es auch bei den einzelnen Projekten in den Koalitionsverhandlungen. Sie wissen, wir haben 2021 bereits einen vom Senat aufgestellten Haushalt gehabt; der wird jetzt überarbeitet und an die Situation angepasst. Das machen wir zurzeit, wir sind aktiv in Haushaltsberatungen. Sie können es sich bestimmt vorstellen: Als ehemalige Haushälterin schaue ich sehr genau auf den Haushalt der Innenverwaltung und aller nachgeordneten Einrichtungen. Ich habe nicht nur in den ersten 100 Tagen, als das Senatskonzept erarbeitet wurde, gesagt, dass wir mehr Einstellungen bei

Polizei und Feuerwehr machen werden, sondern wir werden es auch tatsächlich tun. Wir werden mehr Personal einstellen können, als wir das bisher im Entwurf drin haben. Haben Sie bitte Verständnis dafür, dass ich jetzt keine Zahlen nennen werde, denn ich bin mitten in den Verhandlungen. Ich werde Sie als Innenausschuss dann selbstverständlich sofort informieren, aber Sie können ein bisschen Vertrauen in mich setzen, dass ich natürlich mit dem Finanzsenator darüber diskutieren werde und wir uns darauf verständigen können.

Ich möchte bezüglich einer Einstellungsoffensive deutlich sagen, dass wir auch an Chancen und Möglichkeiten rangehen müssen, wie wir neue Einzustellende gewinnen, die Chancen für junge Frauen. Ich möchte, dass es weiblicher wird, auch das habe ich gesagt, die Möglichkeit, dass Frauen die Chance des Ergreifens dieses Berufes nutzen. Ich möchte natürlich alles daran setzen, dass wir natürlich ganz klar gegen ein Gedankengut sind, das keinen Platz bei der Polizei und Feuerwehr und den Kräften hat. Das werden wir bereits in der Einstellungsoffensive sehr deutlich sagen und uns natürlich entsprechend dazu verhalten. Perspektivisch werden natürlich auch – und das habe ich Ihnen extra noch mal aufgeschrieben, weil das in den letzten Wochen sehr aktiv an mich herangetragen wurde – einen Stellenaufwuchs beim feuerwehrtechnischen Dienst haben, also auch beim Rettungsdienst, denn auch das gehört für mich zur Sicherheit dazu. Wir werden die Ausbildungskapazitäten, die wir sowohl bei der Feuerwehr als auch bei der Polizei haben, maximal ausnutzen und mit den entsprechenden Mehreinstellungen verbinden.

Wenn Sie jetzt zu Seite 4 weitergehen, kommen wir zu den ersten zentralen Strukturmaßnahmen. Ich habe hier einzelne aufgeführt; wir werden natürlich im Verlauf der Wahlperiode wesentlich mehr miteinander zu besprechen haben. Hier das erste, was ich Ihnen nennen will: die Errichtung einer neuen Polizeiwache am Kottbusser Tor. Den Tagesordnungspunkt haben wir nachher, deshalb möchte ich das jetzt zurückstellen, da dann eine Diskussion erfolgen wird. Wir haben als nächsten Punkt den Neubau der Feuerwehr- und Rettungsdienstakademie auf dem Gelände des ehemaligen Flughafens Tegel. Wir haben gerade – und darüber werden wir nachher auch noch mal reden – die Frage: Was passiert bei Feuerwehr und Polizei an neuen Projekten, was den Neubau betrifft? – Da ist der Neubau der Berliner Feuerwehr- und Rettungsdienstakademie so ein Projekt, das mir sehr wichtig ist und das sehr positiv ist. Das ist absolut ein prioritäres Bauvorhaben, denn nur mit dem Neubau kann die Ausbildungsoffensive der Berliner Feuerwehr in entsprechender Qualität umgesetzt werden. Ich habe es vorhin gesagt: Wir haben bei Feuerwehr und Polizei maximale Auslastung zu gewährleisten, und deshalb möchte ich das so schnell wie möglich umsetzen. Jährlich sollen – und jetzt nenne ich eine Zahl, denn die ist auch bekannt – 500 neue Feuerwehrdienstkräfte ausgebildet werden, und dafür wird die Räumlichkeit dringend gebraucht. Deshalb gibt es bereits ein geprüftes Bedarfsprogramm; das liegt vor. Mein Vorgänger hat das bereits eingeleitet, und ich finde, das ist sehr wichtig.

Das Nächste, worüber ich mit Ihnen reden möchte, ist die weitere Sanierung von Schießstätten für die Polizei. Das ist ein Thema, das uns schon seit Sommer 2013 beschäftigt. Sie können sich alle daran erinnern; auch ich war damals im Stadtentwicklungsausschuss damit beschäftigt, natürlich in anderer Funktion. Aufgrund baulicher Mängel mussten die Schießstätten der Berliner Polizei geschlossen werden. Um das Schießtraining, das die Polizei natürlich braucht, weiterhin regelmäßig sicherzustellen, wurde die Einrichtung von fünf neuen Einsatztrainingszentren geplant. Diese Einsatztrainingszentren sollen zudem selbstverständlich – darum wurden sie in der Vergangenheit ja geschlossen – den Anforderungen des Gesundheits-

schutzes gerecht werden. Deshalb ist das Sanieren weiterer Schießstätten sehr wichtig für uns. Bisher konnten in Ruhleben und der Cecilienstraße erste Schießstätten übergeben werden. In der Gallwitzallee wird in Kürze das erste komplette Einsatztrainingszentrum übergeben. Ich denke, das ist sehr wichtig, und auch das trägt dazu bei, dass wir sagen können: Wir bauen neu. Darüber hinaus muss natürlich der zweite Bauabschnitt in der Cecilienstraße und in Ruhleben fertiggestellt werden. Das werden wir dann gemeinsam hier im Innenausschuss besprechen – ich werde Sie rechtzeitig darüber informieren –, denn das war ein sehr emotionales Thema, und dem müssen wir uns natürlich widmen.

Kommen wir zum nächsten Neubau, nämlich dem Bau der kooperativen Leitstelle für Polizei und Feuerwehr. Ich habe am 31. Dezember, das werden Sie vielleicht verfolgt haben, nicht nur Polizei und Feuerwehr besucht, sondern ich war auch bewusst in den Leitstellen der Polizei und Feuerwehr und habe mir dort die Situation angeschaut. Die Leitstellen, das wissen Sie – das sind 112 und 110 – sind die ersten Schnittstellen für Hilfesuchende, und sie sind die Steuerungszentralen des entsprechenden Einsatzgeschehens. Der Neubau ist sehr dringend notwendig, da die Polizeileitstelle absolut marode ist, ich habe es mir persönlich angeschaut, auch bei der Feuerwehr. Deshalb kann es den Anforderungen, die wir nicht nur an Arbeitsschutz stellen für die Kolleginnen und Kollegen dort, sondern auch den aktuellen Anforderungen nicht mehr gerecht werden, und deshalb wollen wir eine kooperativen Leitstelle für beide, für Polizei und Feuerwehr. Diese Kooperation soll natürlich fachliche und wirtschaftliche Synergien heben. Wenn beides sehr eng beieinander liegt, ist das eine richtige Konstruktion. Die Bauplanungsunterlagen sind kurz vor der Fertigstellung; Sie können sich vorstellen, dass ich mir natürlich immer sofort ansehe, wie weit das ist, damit wir dann auch sehr schnell anfangen können. Leider ist es auch da so, dass es höchstwahrscheinlich eine Kostensteigerung geben wird, so wie es zurzeit bei allen Bauvorhaben eine Kostensteigerung gibt. Das muss ich aber den Abgeordneten hier nicht erklären, damit sind Sie über die ganzen Jahre schon längst konfrontiert. Wahrscheinlich wird es auch hier so sein, aber wir werden das neu bauen. Das ist mir auch persönlich sehr wichtig. Der Leitstellenanbieter hat eine komplexe IKT, die wir dort einbauen werden. Wir werden dann diejenigen sein, die in ganz Deutschland so eine Leitstelle am modernsten aufbauen; auch das möchte ich hier deutlich sagen. Das wird deutschlandweit federführend in der IKT sein. Wir bauen das also nicht nur neu, weil es marode ist, sondern wir stattdessen es sofort mit bester Technik aus, damit die Berlinerinnen und Berliner wissen: Wenn sie dort anrufen, kriegen sie sofort Hilfe. – Ich habe es am Anfang gesagt: Das gehört zur Sicherheit dazu, auch diese Notrufnummern.

Kommen wir zum nächsten Neubau, den ich aufgeführt habe, weil das auch ein sehr emotionales Thema ist, und weil es wichtig ist: der Neubau der Feuerwachen für die Freiwilligen Feuerwehren. Ich kann selbst aus meinem ehemaligen Wahlkreis berichten, dass ich dort natürlich auch gesehen habe, mit wie viel Engagement auch die Freiwilligen Feuerwehren agieren. Wenn wir dort marode Feuerwehren haben, dann müssen wir uns darum kümmern. Deshalb haben wir hier drei Feuerwehren aufgeführt, Wilhelmshagen, Müggelheim und Mahlsdorf. Das gehört für mich zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit dazu. Wir haben jetzt das Sondersanierungsprogramm Freiwillige Feuerwehren; das werden wir selbstverständlich fortführen. Das ist eine sehr wichtige Aussage für uns und für diejenigen, die in der Freiwilligen Feuerwehr arbeiten. Wir haben ja ein Typenprogramm für die Freiwilligen Feuerwehren, das wird zugrunde gelegt. Das heißt also, wenn dort die entsprechenden Abstimmungen mit den Bezirken erfolgen – das müssen wir ja mit den Bezirken abstimmen, da geht

es auch um Grundstücke et cetera –, kann das relativ schnell, innerhalb von zwei Jahren, umgesetzt werden. Da sind wir natürlich dran.

Jetzt bitte ich Sie, auf Seite 5 zu blättern, zur Prävention. Hier habe ich Ihnen einige Punkte für die Erhöhung der polizeilichen Präsenz aufgeschrieben, so durch die Ausweitung der Kontaktbereichsbeamtinnen und -beamten auf das gesamte Stadtgebiet. Die Erprobung des Kontaktbereichsdienstes hat schon in der letzten Wahlperiode angefangen – Sie als Innenausschuss werden sich damit beschäftigt haben –, nämlich am 1. Dezember 2020 mit 42 Kontaktbereichsbeamtinnen und -beamten in vier Pilotabschnitten. Am 3. Mai 2021 begann die zweite Phase des Kontaktbereichsdienstes 100 und einem damit natürlich verbundenen Aufwuchs an Personal, insgesamt 88 Dienstkräfte, die nahezu in Vollzeit ihre Aufgaben im Kontaktbereichsdienst wahrnehmen. Damit nehmen zurzeit – und das möchte ich Ihnen durchaus sagen, auch, welche Polizeidirektionen das sind – 15 von 30 Polizeiabschnitten der Polizeidirektionen 1 bis 4 an dem Projekt teil. Wir haben im Koalitionsvertrag festgelegt, dass das aufgebaut wird, und wir sehen die Akzeptanz in den Bezirken. Wir haben gesagt, wir werden – und das organisieren mein Haus und die Polizei gemeinsam – die Ausweitung der Kontaktbereichsbeamten 100 stadtdweit vorbereiten und das entsprechend wahrnehmen.

Dann kommen wir zur Fahrradstreife. Das habe ich aus dem Koalitionsvertrag einfach mal rausgesucht, weil das, denke ich, im Innenstadtbereich eine sehr wichtige Aussage ist. Wir haben ja nachher auch noch eine Diskussion zu Fahrraddiebstählen und sowas. Die zentrale Fahrradstaffel der Direktion Einsatz/Verkehr hat ihr räumliches Streifengebiet innerhalb des S-Bahn-Rings, und ihre Aufstockung von aktuell 53 Dienstkräften auf 100 Mitarbeitende ist bis zum Jahresende 2023 vorgesehen. Das betrifft uns also für diesen Doppelhaushalt. Zudem sind seit Anfang 2021 bei den örtlichen Direktionen 1 bis 4 feste Fahrradstreifen zur gezielten Verkehrsüberwachung etabliert. Die Direktionen 1, 2 und 4 verfügen über je 16 Dienstkräfte, die Direktion 3 über zwölf Dienstkräfte. Insgesamt haben wir also 60 Dienstkräfte, die dort jetzt eingesetzt sind. Wir wollen, und das haben wir Ihnen hier auch aufgeschrieben, eine Verdreifachung der Fahrradstreifen und eine Ausweitung auf das gesamte Stadtgebiet. Bisher ist es nur im inneren Kreis, und wir wollen das gern auf das gesamte Stadtgebiet ausweiten.

Dann kommen wir zum Zentralen Objektschutz: Der wird verbessert. Wenn ich hier schreibe, „wird verbessert“, dann ist das natürlich mit Personal verbunden; das ist völlig klar. Auch das diskutieren wir gerade in den aktuellen Haushaltsberatungen. Es ist einfach so: Berlin ist eine Metropole, in der zahlreiche schutzwürdige Objekte sind, und darum müssen wir uns kümmern. Auch in Zukunft wird die Zahl der schutzwürdigen Objekte in Berlin anwachsen, das können Sie sich vorstellen. Deshalb ist es sehr wichtig, dass wir entsprechende personelle Ressourcen zur Verfügung stellen, damit der Objektschutz weiter verbessert wird.

Kommen wir zum Einsatz der Bodycams: Das wird fortgesetzt und finanziell abgesichert. Auch das ist in den Haushaltsberatungen. Aktuell werden 30 Bodycams im Rahmen der Phase 1 durch Beschäftigte in der Berliner Feuerwehr und der Berliner Polizei eingesetzt. Phase 2 ist jetzt in Vorbereitung und soll künftig bis zu 300 Geräte umfassen. Hier ist es natürlich das Ziel, die Gewalt gegen Einsatzkräfte zu reduzieren und die Sicherheit für die Beschäftigten der Berliner Feuerwehr und der Polizei Berlin zu erhöhen. Auch das ist ein Sachverhalt, der sich in der letzten Zeit sehr verändert hat. Wir haben sehr viele Angriffe gegen Polizei, gegen Feuerwehr, und da ist der Einsatz von Bodycams ein richtiger Ansatz, den wir machen müssen für unsere Kräfte, die jeden Tag für uns draußen stehen – wir werden, das hat Herr Jotzo

angemerkt, nachher ja auch noch mal über die aktuelle Situation sprechen –, wenn zum Beispiel Autobahnen blockiert werden. Beschimpfungen finden statt, wenn die Spaziergänge sind; das sind alles Sachen. Wir müssen unsere eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schützen vor Angriffen. Deshalb ist es mir wichtig, dass wir das erhöhen.

Zum Punkt „Schutz der öffentlichen Plätze durch bauliche Konzepte“: Wir haben ein Programm aufgelegt zum Schutz öffentlicher Plätze und Räume mit entsprechenden Empfehlungen. Das haben wir erarbeitet, und daran arbeiten wir jetzt in einem Pilotverfahren im Bereich des Breitscheidplatzes. Dort sollen die Empfehlungen, die gemacht wurden, umgesetzt werden. Ich werde Ihnen das dann zu gegebener Zeit hier im Innenausschuss selbstverständlich in die Diskussion mit reingeben. Wir werden dann auch über aktuelle Sachen aus der Senatsverwaltung berichten, und das wird mit dazugehören. Das Pilotprojekt befindet sich gerade in der Bauplanungsphase. Da geht es auch darum, dass in Form von Stadtmöbeln, natürlich mit entsprechendem Niveau der Stadtmöbel, diese Plätze bestückt werden. Darüber, auch über die 17 relevanten Örtlichkeiten, möchte ich dann gern mit Ihnen diskutieren.

Wir haben als Nächstes natürlich Videoüberwachung zur vorbeugenden Kriminalitätsbekämpfung an kriminalitätsbelasteten Orten; die soll eingesetzt werden. Wir haben die Polizei Berlin, die zurzeit zwei mobile Videotechnikhängersysteme hat. Zur vorbeugenden Kriminalitätsbekämpfung an kriminalitätsbelasteten Orten soll der Einsatz von Videotechnik als neue polizeiliche Aufgabe definiert werden. Wir werden das tun, und wir werden dafür natürlich auch die Rechtsgrundlagen schaffen. Sie wissen, dass wir das also entsprechend definieren und dort miteinander in die Diskussion kommen, auch mit Ihnen als Abgeordnete. Sie sind der Gesetzgeber, und darüber werden wir dann natürlich sprechen, damit die Videoüberwachung dann entsprechend eingesetzt werden kann.

Dann haben wir die Einführung eines Präventionsgesetzes, mit dem bereits in der vergangenen Legislaturperiode begonnen wurde, beziehungsweise wurde angekündigt, dass wir das Landespräventionsgesetzes mit allen beteiligten Senatsverwaltungen natürlich dauerhaft und nachhaltig stärken wollen und das entsprechend einführen wollen. Insofern soll auch hier den verschiedenen beteiligten Akteuren eine Handlungs- und Planungssicherheit gegeben werden und die Präventionsarbeit im Land Berlin transparent strukturiert werden. Das ist sehr wichtig.

Wir kommen jetzt zu Seite 6, dort geht es um die Kriminalitätsbekämpfung. Schon in der letzten Wahlperiode hat mein Vorgänger das definiert, und Sie werden das bereits in einzelnen Maßnahmen gemerkt haben. Ich möchte zur Kriminalitätsbekämpfung als Erstes sagen, dass wir den bestehenden Fünf-Punkte-Plan natürlich weiterführen werden. Das heißt – ich darf das noch mal ganz kurz nennen –: konsequente Verfolgung und Ahndung aller, auch niedrigschwelliger Verstöße, Vermögensabschöpfung, Einziehung illegaler Vermögen, verstärkte Gewerbe- und Finanzkontrollen, Konzeptentwicklung zur Abschreckung vor dem Einstieg in sowie zum Ausstieg aus der kriminellen Karriere, ressortübergreifende Zusammenarbeit – da ist natürlich ganz wichtig, dass wir mit der Staatsanwaltschaft, mit der Polizei, mit Finanzämtern, Jobcentern, Ausländerbehörden, Ordnungsämtern, Jugendämtern arbeiten werden – und natürlich auch die Errichtung einer Koordinierungsstelle. Im Jahr 2020 – auch dazu hat die CDU noch einen Tagessordnungspunkt angemeldet – wurden nach Definition der Clankriminalität insgesamt 1 013 Straftaten registriert, die durch 291 Tatverdächtige begangen wurden.

Wir wollen natürlich eine bessere Auswertung der beschlagnahmten Massendaten durch eine angemessenen Personalausstattung auch beim LKA sicherstellen. Die Entschlüsselung, auch das habe ich mir in meinem Haus angeschaut, der kryptisierten Täterkommunikation, die wir jetzt neu als Plattform einrichten werden, ist europaweit ein Meilenstein im Kampf gegen die Organisierte Kriminalität. Das heißt, all das, was dort registriert werden kann, kann endlich in der Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Verwaltungen und Stellen wesentlich besser erarbeitet und angeschaut werden. Das ist natürlich in der Entschlüsselung der Kommunikation der Täter untereinander sehr wichtig. Da sind wir jetzt europaweit führend. Aus der Menge an gewonnenen Informationen – Sie können sich vorstellen: Wenn so etwas zusammengeführt wird, dann kommen dort natürlich sehr viele Daten zusammen – erwachsen für die Polizei große Herausforderungen an die rasche und effiziente kriminalistische Informationsverarbeitung. Das heißt, um das schnell umzusetzen, brauchen wir nicht nur mehr Personal – dafür werden wir sorgen –, sondern natürlich muss auch das Datenvolumen gestemmt werden. Ich habe mir das hier mal aufschreiben lassen, damit Sie eine Vorstellung haben: mehr als 1,64 Gigabyte Datenmaterial mit ausschließlich kriminellem Inhalt wird dort bearbeitet.

Neben der Personalausstattung werden wir natürlich auch weiterhin einen Schwerpunkt für die erfolgreiche Vermögensabschöpfung haben. Es ist bereits ein Personalaufwuchs bei den Finanzermittlern erfolgt, aber auch dort wird etwas getan werden müssen, denn hier ist eine Investition besonders lohnenswert. Sie haben sich als Innenausschuss ja bereits in der letzten Wahlperiode auch mit meinem Vorgänger damit beschäftigt, denn mit der Entziehung krimineller Erlöse gewinnt man natürlich langfristig den Kampf gegen die Organisierte Kriminalität. Deshalb ist es sehr wichtig, dass wir diese Plattform für die Täterkommunikation nicht nur neu eingerichtet haben, sondern dann auch über das Personal die Vermögensabschöpfung machen können.

Wir kommen dann zur Verbesserung der Maßnahmen zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Personen, die aufgrund ihrer geschlechtlichen Identität Opfer von Gewalttaten werden. Zur 215. Sitzung der Innenminister im Dezember 2021 wurde durch uns ein umfangreicher Beschluss zur Bekämpfung homophober und transfeindlicher Gewalt eingebracht. In dem Beschluss wurden Handlungsbedarfe formuliert, zu denen von einer unabhängigen Expertenkommission aus Wissenschaft und Praxis unter Einbindung von Fachverständigen, natürlich auch aus dem Bereich LSBTI, gemeinschaftlich Lösungs- und Handlungsansätze erarbeitet werden sollen. Diese werden wir dann hier mit Sicherheit nicht nur diskutieren, sondern

natürlich diese Gewalt gegen jeden nicht dulden. Hierzu gehört die Prüfung weiterer Maßnahmen, denn die Opfer müssen geschützt werden, und wir müssen natürlich etwas dafür tun, dass Gewalt in diesem Bereich erst gar nicht auftritt.

Kommen wir zur Entwicklung einer gemeinsamen Strategie von Polizei und Justiz zur Bekämpfung des organisierten Fahrraddiebstahls. Ich habe das vorhin schon angesprochen, als ich die Verdreifachung der Fahrradstaffel genannt habe, aber das ist ein Thema, das natürlich viele Berlinerinnen und Berliner beschäftigt, denn der jährliche Schaden ist mit 20 Millionen Euro erheblich, und die Aufklärungsquote ist leider noch nicht so, wie wir uns das vorstellen. Deshalb waren sich Polizei und Justiz bereits im vergangenen Jahr einig, dass hier Handlungsbedarf besteht und die Handlungen dort entsprechend vorgenommen werden. Die Polizei setzt seit Mitte 2020 auf einen Fünf-Punkte-Plan zur Bekämpfung des Phänomens des Fahrraddiebstahls. Ich darf auch diese Punkte hier noch einmal nennen: die Einrichtung einer Koordinierungsstelle zum Fahrraddiebstahl beim LKA, die Einrichtung von regelmäßigen Meldeverpflichtungen der Direktionen, die Stärkung der Prävention, die Stärkung der operativen Maßnahmen und natürlich eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit; das heißt, wer etwas sieht, sollte es bitte auch melden.

Wir kommen zur siebten Folie, und dann bin ich auch durch! Sie merken: Ich habe einige Punkte herausgegriffen, das ist natürlich nicht der ganze Koalitionsvertrag. – Zu den beabsichtigten Änderungen gesetzlicher Grundlagen, die wir gern mit Ihnen vornehmen wollen: Zum einen ist da die von mir schon genannte Einführung einer Videoüberwachung an kriminalitätsbelasteten Orten unter Wahrung der Privatsphäre im direkten Wohnbereich. Das ist sehr wichtig, denn es ist so, dass wir natürlich die grundrechtlich garantierte Privatsphäre der Anwohnerinnen und Anwohner schützen müssen. Das werden wir auch tun, die Rechtsgrundlage wird die Anfertigung von Videoaufnahmen in Hauseingängen von Wohnhäusern daher explizit ausschließen. Nach jeweils sechs Monaten wird überprüft, ob diese Videoüberwachung weitergeführt wird oder nicht. Videoüberwachung soll also nur dann zum Einsatz kommen, wenn sie an dem jeweiligen Ort einen konkreten und belegbaren sicherheitsbezogenen Mehrwert bietet.

Kommen wir zum ethnischen Profiling. Dieses ethnische Profiling verstößt gegen das Diskriminierungsverbot des Grundgesetzes und der Verfassung von Berlin, daran besteht überhaupt kein Zweifel; das möchte ich hier sehr deutlich sagen. Das war auch schon mehrfach Diskussion hier im Hause, auch mein Vorgänger hat dazu natürlich schon Position bezogen. Wir sind eine weltoffene Großstadtpolizei, und deshalb hat so etwas in Berlin keinen Platz. Darum finde ich es richtig und völlig unproblematisch, dass sich der Gesetzgeber auch im ASOG, wenn das angefasst wird, klar zu dieser Selbstverständlichkeit bekennt. Wir wollen dieses Verbot im ASOG festschreiben, und ich denke, Sie als Abgeordnete hier im Abgeordnetenhaus werden sich an der Diskussion beteiligen und das entsprechend handhaben. Was natürlich auch dazugehört, sind die sogenannten Kontrollquittungen, denn in diesen Bescheinigungen muss der Grund für die Identitätsfeststellung vermerkt werden, also vor allem das Verhalten der Person, der Anlass, der die Kontrolle eventuell notwendig gemacht hat. Die Handhabung wird zwischen uns und der Polizei in einem Pilotprojekt entsprechend diskutiert und geprüft. Wir werden sehen, wie das dann zwischen der Polizei und uns diskutiert wird. Dazu kann vielleicht Frau Slowik nachher noch mal ausführen; Sie werden ja sicherlich entsprechende Nachfragen haben. Es muss aber natürlich eine Handhabbarkeit da sein, das ist völlig klar.

Zum Schluss zur Evaluierung des Versammlungsfreiheitsgesetzes und der Einführung eines Veranstaltungssicherheitsgesetzes: Berlin ist die Veranstaltungshauptstadt, kann man fast sagen, weil wir Monat für Monat zahlreiche Großveranstaltungen haben. Es ist durch Corona in den letzten zwei Jahren anders gewesen, trotzdem ist es wichtig, dass der Gesetzgeber sich damit beschäftigt. Es geht darum, dass Veranstaltungen im Freien, also außerhalb baulicher Anlagen stattfinden. Derzeit fehlt allerdings ein verlässlicher Rechtsrahmen, der zur sicheren Durchführung dieser Veranstaltungen notwendig ist. Deshalb wollen wir mit einem bundesweit einmaligen Veranstaltungssicherheitsgesetz das Ganze ändern. Das heißt, für Großveranstaltungen auf Freiflächen, Straßen, Plätzen, Grünflächen, Privatgeländen soll dieses Gesetz grundlegende Sicherheitsanforderungen enthalten und Anzeige- und Genehmigungsverfahren vorsehen. Das wird bundesweit einmalig sein, und wir sitzen bereits daran, um klare Verfahren mit größtmöglicher Bündelung zu schaffen. Die Vorbereitungen sind in der letzten Wahlperiode hier schon diskutiert worden, auch dass Berlin das braucht, und deshalb werden wir alles dazu beitragen, dass das zügig gemacht werden kann. – Zur Evaluierung des Versammlungsfreiheitsgesetzes: Wir haben in Berlin im Februar des vergangenen Jahres durch das Versammlungsfreiheitsgesetz das alte Versammlungsgesetz des Bundes abgelöst. Berlin verfügt damit nun über ein deutschlandweit vorbildhaftes, demokratieförderndes und grundrechtsbezogenes Versammlungsrecht. Der Senat hat sich auch in dieser Legislaturperiode zum Ziel gesetzt, die Versammlungsfreiheit weiter zu stärken, aber auch zu kontrollieren; völlig klar. Zu diesem Zweck soll das Versammlungsfreiheitsgesetz in der Mitte der Wahlperiode mithilfe der Praxis und Rechtsprechung evaluiert werden. Etwaige – wenn sie notwendig sein sollten – Rechtsänderungen sollten dann auch hier schnellstmöglich umgesetzt werden.

Ich weiß, dass ich jetzt etwas lange gesprochen habe; aber wir stehen gemeinsam am Anfang einer Wahlperiode, und ich wollte Ihnen einige Punkte, die mir besonders wichtig sind, heute zur Kenntnis geben. Selbstverständlich werden wir im Laufe der Wahlperiode, auch angepasst an die aktuellen Situationen, immer auch reagieren. Aus dem Koalitionsvertrag, den Sie mit Sicherheit alle gelesen haben, auch die Oppositionsparteien, werden wir natürlich immer auch weitere Maßnahmen machen, aber sonst hätte ich heute drei Stunden hier gesprochen, und das wollte ich nicht. Sie sollen selbstverständlich in der Diskussion mit uns – deshalb habe ich die Polizeipräsidentin dabei und Herrn Akmann als den zuständigen Staatssekretär – Rückfragen stellen können, und wir werden hoffentlich etwas sehr Gutes für Berlin und für die innere Sicherheit in unserem Land Berlin durchsetzen. – Ich bedanke mich!

Vorsitzende Gollaleh Ahmadi: Vielen Dank, Frau Senatorin Spranger! – Ich eröffne hiermit die Aussprache. Als Erster hat Herr Abgeordneter Woldeit das Wort.

Karsten Woldeit (AfD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank, Frau Senatorin, für die umfangreiche Erläuterung Ihrer Schwerpunktbildung und Ihrer Regierungspolitik! Sie haben sich ein Stück weit entschuldigt, dass Sie so lange gesprochen haben – ich denke, das ist gar nicht notwendig, weil ich der festen Überzeugung bin, dass der Bereich der inneren Sicherheit ein zentraler Punkt ist, der diese Stadt betrifft. Wir wissen, dass Berlin Kriminalitätshauptstadt ist; wir wechseln uns immer wieder mit Frankfurt am Main ab. Wir wissen, dass wir den höchsten Anteil an Straftaten haben, bei der gleichzeitig geringsten Aufklärungsquote. Das kann man auf einen Stadtstaat-Flächenland-Vergleich zurückführen, aber diese Vergleiche haken, wie man am Beispiel der Stadt München sieht.

Viele Dinge, die Sie angesprochen haben, finden unsere breite Unterstützung. Wir finden es richtig, dass wir unsere Sicherheitskräfte und unsere Polizeikräfte stärken; wir finden es richtig und wichtig, dass wir den Zentralen Objektschutz stärken; wir finden es richtig, dass wir die Ausbildung dementsprechend anpassen. Auch die Akademie für Rettungskräfte in Tegel findet unsere Unterstützung. Wie gesagt: Da sind viele gute Punkte drin. Erlauben Sie mir aber die eine oder andere Nachfrage, gerade bezüglich der Schwerpunktbildung, die Sie angesprochen haben; ich beginne mit den Folien hinten und arbeite mich nach vorn. Sie haben die Evaluierung des Versammlungsfreiheitsgesetzes angesprochen, das finde ich gut und richtig. Sie sagten, Sie wollen im Rahmen der Rechtsprechung und der Erfahrungswerte von 2021 bis 2023, wenn ich es richtig verstanden habe, die richtigen Schlüsse ziehen. In welchen Schwerpunktbereichen werden Sie das tun? – Wir hatten ja immer wieder die Diskussion, dass Versammlungen unterbunden werden. Wir wissen alle, dass es keine Genehmigungsverfahren für Versammlungen unter freiem Himmel gibt, sondern lediglich ein Anmeldeverfahren, aber in der Vergangenheit gab es natürlich Verbote. Manche sind vom Verwaltungsgericht bis hin zum Oberverwaltungsgericht gekippt worden, und dementsprechend wüsste ich gern von Ihnen, in welchen Bereichen Sie da konkret evaluieren wollen.

Dann habe ich Nachfragen zu dem Bereich Allgemeines Sicherheits- und Ordnungsgesetz. Da werde ich ein bisschen springen, weil ich mehrere Nachfragen habe. Wie sieht eine Kontrollquittung denn de facto aus? Wie haben Sie das mit den Personalvertretungen innerhalb der Berliner Polizei besprochen? Gab es da bereits Gespräche? – Mir kommt da sofort eine gewisse Form der Bürokratie in die Gedanken. Ich halte das für schwierig. Die Debatte um das Ethnic Profiling ist eine schwierige Debatte; das ist so. Wenn wir allerdings wissen, dass der Täterbereich im Görlitzer Park im Schwerpunkt des illegalen Drogenhandels eine gewisse Kultur, eine gewisse Ethnie betrifft, dann kann es natürlich auch nicht sein, dass man keine Kontrollen vornimmt, nur aufgrund einer entsprechenden Hautfarbe oder Ähnliches. Da muss man sehr sensibel rangehen und darf keinen Freifahrtschein ausstellen. In dem Zusammenhang, Frau Senatorin: Wir haben in der Vergangenheit erlebt, dass ein gewisser Vertrauensverlust dargestellt wurde, gerade bei Berliner Polizeibeamten. Es wurden Vorverurteilungen ausgedrückt, es wurden irgendwelche Bereiche von irgendwelchen rechten Gruppierungen und Ähnliches dargestellt, was sich dann mitunter in Schall und Rauch aufgelöst hat. Ich bin der festen Überzeugung, dass unsere Polizei Rückendeckung durch die Politik braucht, keine Vorverurteilungen, dass sie Vertrauen braucht. Das ist ein ganz wesentlicher Punkt.

In diesem Zusammenhang kommen wir auch in den Bereich der Organisierten Kriminalität. Sie sprachen es an und gingen sogar ins Detail: Wir hatten aufgrund der Bundesgesetzgebung eine Fast-Umkehr der Beweislast im Rahmen der Vermögensherrichtung. Ihr Vorgänger im Amt war sogar so weit gegangen, dass er sagte, er möchte eine komplette Beweislastumkehr im Rahmen des Vermögensbestandes haben. Ich möchte da ganz konkret nachfragen: Sie haben gesagt, bei Finanzbeamten und Ähnlichem, die da Unterstützung brauchen, brauchen wir einen Personalaufwuchs. Wir haben im LKA 4 meines Wissens die Kommissariate zur Vermögensabflussdefinition. Da weiß ich, dass es Personaldefizite gibt. Sind da konkrete Aufwuchsstellen im Rahmen von gesamten Kommissariaten geplant seitens des LKA? Ist dort die Notwendigkeit angesprochen worden? – Das sehe ich auch. Ich freue mich, dass Sie das auch so sehen und dementsprechend schon personelle Maßnahmen angekündigt haben. Hier, wie gesagt, die konkrete Nachfrage zu den Kommissariaten.

Sie sprachen an, dass wir das ASOG auch entsprechend anpassen wollen. – Ich freue mich sehr, dass Sie im Rahmen von § 24 und § 24a für die Videoüberwachung im öffentlichen Raum im Rahmen von kriminalitätsbelasteten Orten eine Anpassung vornehmen wollen. Das ist ein zentrales Anliegen, das wir auch in der letzten Legislatur gefordert haben, sowohl die Union als auch meine Fraktion. Das unterstützen wir ausdrücklich. Gehen Sie so weit, dass sie auch im Bereich des § 28 – Öffentlichkeitsfahndung – eine Novellierung vornehmen wollen? Sehen Sie es auch wie wir so, dass bezüglich der jetzigen Regulierung der Bodycam, die sich gerade im Pilotverfahren befindet und so ein bisschen Rechtsgrundlagencharakter hat, ebenfalls ein Änderungsbedarf besteht? – Wir haben ja die Datenschutzsituation gerade beim Betreten von Wohnungen. Das Grundrecht der Unverletzlichkeit der Wohnung ist ein hohes Gut, aber gerade im Rahmen von häuslicher Gewalt sind das dort ein Stück weit Lücken, wo man mit dem konsequenten Einsatz von Bodycams und der entsprechenden Rechtsverankerung doch etwas erreichen kann. – Wenn wir weiterhin die allgemeine Polizeigesetzgebung sehen, dann haben wir nicht nur das Allgemeine Sicherheits- und Ordnungsgesetz, sondern auch das Gesetz über den unmittelbaren Zwang. Da hatten wir die Debatte um die fehlende Rechtsgrundlage und die fehlende Ermächtigungsgrundlage im Rahmen des finalen Rettungsschusses. Das ist auch etwas, was sich Ihr Vorgänger im Amt gewünscht hat; das ist damals in der Koalition gescheitert. Wollen Sie diesen wichtigen, zentralen Punkt dementsprechend aufnehmen?

Wie gesagt: Vieles findet unsere Unterstützung, sei es die neue Wache am Kottbusser Tor, die Feuerwehr- und Rettungsdienstakademie oder die Sanierung von Schießständen; das ist ein ganz großer Punkt. Wir wissen ja, dass wir diverse Zahlungen an die Opfer von toxikologischen Vergiftungen an Schießständen geleistet haben. Werden Sie weiterhin das Gespräch mit den Betroffenen suchen? – Da gab es ja diese Expertenkommission, die ein Stück weit umstritten war. Es gab Verfügungen, die nicht nachvollziehbar waren. Da wäre es mir ein Anliegen, dass Sie mit den Vertretern im Gespräch sind, insbesondere mit dem B.I.S.S.-Verein, der Berliner Interessengemeinschaft solidarischer Staatsbediensteter.

Den Personalaufwuchs sowohl bei der Feuerwehr als auch bei der Polizei begrüßen wir, wie gesagt, ausdrücklich. Wir begrüßen auch ausdrücklich, dass Sie sich der Freiwilligen Feuerwehr widmen wollen. Gerade nach dem Blackout, den wir in Treptow-Köpenick hatten, habe ich mir die Situation in Berlin angesehen und war viele Stunden mit den Kollegen und Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr unterwegs. Das ist ein Punkt, der wesentlich und von wichtiger Relevanz ist; das begrüßen wir ausdrücklich.

Dann möchte ich aber noch mal zu Ihrer Seite 2 nachfragen, auf der Sie als Vorbemerkung die politischen Ziele der Koalition aufführen. Sie bekennen sich „zum Kampf gegen rechte Gewalt, Antisemitismus, Queerfeindlichkeit, Antiziganismus, Islamfeindlichkeit und gegen jegliche Form von menschenfeindlichen Einstellungen und Bestrebungen“; das haben Sie auch noch mal erläutert. Jetzt ist natürlich wichtig – ich habe es schon gesagt –: Wir haben den Umstand, dass Berlin Kriminalitätshauptstadt ist, wir die geringste Verbrechensaufklärungsquote haben, und wir haben eine Gefährdungssituationen und eine Gefährdungsanalyse. Wenn Sie sich mit den Kollegen des LKA 5 und des LKA 8 unterhalten, insbesondere mit deren Abteilung 2, dann werden Sie auch feststellen, dass wir Gefährderzahlen im Land Berlin haben im Bereich des islamistischen Extremismus im dreistelligen Bereich, im Bereich des linken Extremismus im oberen zweistelligen Bereich und im Bereich des Rechtsextremismus im unteren einstelligen Bereich, sodass mir doch auffällt, dass gerade im Bereich des Linksext-

remismus – wir haben immer wieder unsere Hotspots, insbesondere in Friedrichshain-Kreuzberg, in der Rigaer Straße, die ist jetzt gerade wieder Thema im Rahmen des Räumungsverfahrens – diese Phänomenbereiche bei Ihnen noch keine Berücksichtigung gefunden haben. Das hat mich etwas überrascht. Da wüsste ich gern von Ihnen, woran das liegt und ob Sie sich auch diesem Phänomenbereich widmen. – Vielen Dank!

Vorsitzende Gollaleh Ahmadi: Vielen Dank! – Als Nächster hat Herr Abgeordneter Jotzo das Wort. Wir werden jetzt einfach sammeln, und Sie, Frau Senatorin, beantworten dann alle Fragen zum Schluss.

Björn Matthias Jotzo (FDP): Vielen Dank! – Zunächst darf ich vorwegschicken, dass ich es unglücklich finde, wenn wir hier eine Pairing-Vereinbarung haben und dann mit Tischvorlagen gearbeitet wird, sodass die Mitglieder des Ausschusses, die digital folgen, nicht die Möglichkeit haben, auf diese Tischvorlagen zuzugreifen. Das ist sehr unglücklich, das bitte ich auch die Senatsverwaltung in Zukunft zu ändern. Dazu ist anzumerken: Ich habe mich gerade bei der Pressekonferenz versichert, dass auch die Vertreterinnen und Vertreter der Medien nicht auf die Tischvorlage zugreifen konnten. Das ist natürlich unglücklich, gerade wenn die Senatsverwaltung so umfassende Ausführungen tätigt. Ich würde bitten, dass wir nach Möglichkeit, Frau Spranger, Ihre Ausführungen noch mal in schriftlicher Form erhalten oder dass wir ein Wortprotokoll des Statements der Senatorin erhalten – beides ist mir recht –, weil ich meine, dass man sich damit natürlich beschäftigen muss und dass man Sie auch an Ihren Aussagen hier wird messen müssen.

Ich will aber, Frau Spranger, gar nicht so hart mit Ihnen ins Gericht gehen, sondern Ihnen zuerst mal sagen, dass ich das, was Sie in Ihren Punkten angekündigt haben, gut finde. Das Wichtigste, glaube ich, haben Sie relativ zu Beginn Ihres Statements gesagt: dass Sie gedenken, Ihre Tätigkeit so auszuüben, dass Sie sich gegen jegliche Art von Gewalt und Extremismus einsetzen wollen. Das begrüßen wir ausdrücklich. Das ist auch eine wichtige Feststellung, gerade in diesen Zeiten, wo man manchmal den Eindruck hat, dass entweder das rechte oder das linke Auge bei manchen blind ist. Da, meine ich, haben Sie uns eine sehr ausgewogene Stellungnahme präsentiert, und das begrüße ich an der Stelle ausdrücklich. Auch gut ist Ihr Wunsch, die polizeilichen Maßnahmen und die Polizei zu stärken, gerade im Hinblick auf Eigensicherung und Bodycams. Das sind alles wichtige Initiativen. Ich denke, da haben Sie unsere volle Unterstützung. Da ist natürlich gleich auch das Kritische anzumerken, denn – Frau Spranger, sehen Sie es mir nach – nachdem Ihre Partei schon längere Zeit dieses Amt sozusagen innehatte, stellt sich natürlich die Frage, wie Sie all die Segnungen, die Sie in Aussicht stellen, sei es beim Personalaufwuchs, sei es bei der Infrastruktur, sei es gerade bei der Instandhaltung, Instandsetzung und Sanierung, die ambitionierten Ziele, die Sie heute hier dargestellt haben, auch wirklich umsetzen wollen. Jetzt halte ich es für unfair, Ihnen innerhalb der ersten 100 Tage sozusagen große Aufgaben zu geben seitens der Opposition – wir werden Sie natürlich kontrollieren –, aber da stellt sich aus meiner Sicht schon die Frage, wie Sie das alles umsetzen wollen, zumal Sie uns heute hier relativ blumige Ansagen gemacht haben in der Art: Sie können bisher noch keine Aussagen machen, das ist alles noch im Rahmen der Haushaltsberatungen. – Das sehe ich auch ein, aber ich sage ganz klar, da werden Sie auch Ihren Worten Taten folgen lassen müssen, und das werden wir sehr genau beobachten.

Wenn Sie hier ausführen, dass wir im Bereich der KTU Schwierigkeiten haben, ist das sicher richtig. Das war auch schon vor 15 Jahren, vor zehn Jahren und vor fünf Jahren so, und es ist auch heute so. Und wenn Sie ausgeführt haben, dass wir 1,64 Gigabyte Daten haben, die zurzeit bearbeitet werden im Rahmen der kriminalistischen Informationsverarbeitung, dann frage ich mich, ob das pro Fall sein soll oder ob Sie sich da möglicherweise in der Größenordnung vergriffen haben. Wie dem auch sei: Das sind alles Punkte, die man aufarbeiten müssen wird. Das, was Sie in Aussicht gestellt haben – sowohl im Bereich der öffentlichen Sicherheit als auch im Bereich der Feuerwehr und des Rettungswesens Verbesserungen herbeizuführen –, hat die volle Unterstützung der FDP-Fraktion. Wir werden Sie da in keiner Weise hemmen, aber wir werden Ihnen sehr deutliche Hinweise geben, in welche Richtung wir denken, dass das ganze Geschehen gehen müsste.

Lassen Sie mich zum Abschluss noch zwei Dinge sagen, das eine betrifft die Evaluierung des Versammlungsfreiheitsgesetzes: Da würde ich mir von Ihnen noch etwas detailliertere Ausführungen wünschen, in welchem Zeitraum Sie diese Evaluierung vornehmen wollen und in welche Richtung Sie bereits jetzt denken, dass die Evaluierung gehen soll. Ich weiß, dass die Ergebnisse der Evaluierung natürlich noch nicht vorliegen können, aber mich interessiert – es ist ja ein sehr junges Gesetz –, in welche Richtung Sie da jetzt schon evaluieren.

Das Zweite ist natürlich die Frage: Wie sieht es mit den Baulichkeiten aus? – Die Sanierungen der maroden Infrastruktur sind bei Ihnen dankenswerterweise im Regierungsprogramm. Jetzt habe ich gesehen, dass gleichzeitig im Regierungsprogramm auch unter „Öffentliche Sicherheit“ erstaunlicherweise steht, dass vor jeder Baumaßnahme deren Klimaneutralität geprüft und ein entsprechendes Klimagutachten eingeholt werden soll. Ich möchte von Ihnen gern wissen, ob das für jede bauliche Maßnahme in den Polizeidienststellen gilt, ob wir sozusagen angesichts des von Ihnen auch bemängelten Zustands der sanitären Anlagen damit rechnen müssen, dass vor jeder Baumaßnahme Klimaneutralitätsgutachten gefertigt werden müssen, oder wie dieses Bekenntnis Ihrer Senatsverwaltung zu diesem Punkt sich konkret auf die Baumaßnahmen auswirken wird. Das ist ein Punkt, den ich heute ganz gern von Ihnen hören würde. Ansonsten wünsche ich Ihnen viel Erfolg bei dem, was Sie hier in Aussicht gestellt haben!

Vorsitzende Gollaleh Ahmadi: Vielen Dank! – Bevor wir weitermachen, habe ich hierzu eine Frage, und zwar: Herr Jotzo, Sie wollten die Ausführungen von Frau Senatorin schriftlich haben. Hierzu haben wir zwei Möglichkeiten: Zum einen reichen wir alles schriftlich nach, oder wir haben die Möglichkeit eines Wortprotokolls. Hierzu benötigen wir ein Einvernehmen im Ausschuss. Das müssen Sie jetzt entscheiden. – Herr Balzer, bitte!

Frank Balzer (CDU): Ich würde auch um die Erstellung eines Wortprotokolls bitten.

Vorsitzende Gollaleh Ahmadi: Gibt es Gegenreden oder Gegenpositionen dazu? Sind alle einverstanden? – Dann nehmen wir das so zu Protokoll. – Vielen Dank! – Herr Schreiber, Sie haben das Wort!

Tom Schreiber (SPD): Herzlichen Dank! – Herzlichen Dank auch für die Vorstellung der Leitlinien und Richtlinien, jedenfalls den Ausblick, den man innerhalb dieser kurzen Zeit jetzt erst mal geben kann! Wichtig ist, dass deutlich geworden ist, dass das sozusagen ein Teilaspekt ist und wir heute erst mal ein Stück weit einen Aufschlag, einen Auftakt haben. Ich höre sehr gern, dass die Opposition Interesse an Innenpolitik hat, dass sie interessiert ist an dem, was wir uns hier vorgenommen haben und jetzt schon Fragen stellt, die vielleicht nicht sofort beantwortet werden können, weil sie schlichtweg noch gar nicht dran sind, beispielsweise bei bestimmten Gesetzesvorhaben. Etliches steht im Koalitionsvertrag, da kann man etliches herauslesen, womit wir uns befassen wollen.

Mein Punkt ist, dass wir uns vielleicht auch mit Blick auf Debatten hier teilweise auch mal große Linien anschauen und nicht zu sehr ins Klein-Klein verfallen. Klein-Klein kann man schon machen, wenn man detailliert über Punkte spricht, im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung beispielsweise oder auch im Bereich von Ehrenamt, Freiwilligen Feuerwehren und Katastrophenschutz, wo es dann wirklich um Details geht, aber auch in anderen Bereichen. Um die Linien, die aufgezeigt wurden, auch von Frau Senatorin Spranger, noch mal deutlich

zu machen: Das große Oberthema ist das Thema Personalausstattung, Personalaufwuchs. Da geht es nicht nur um die Frage der Einstellungen, sondern auch um die Frage der Beförderungen. Da würde ich auch klar sagen, das ist ein wichtiges Instrument, das wir das weiterhin im Blick behalten, sodass wir diesen Flaschenhals, der sich über Jahre hinweg gebildet hat, Stück für Stück aufgebrochen haben. Es ist in der letzten Wahlperiode unter Andreas Geisel etliches passiert bei Polizei und Feuerwehr. Es waren tolle Veranstaltungen auch für diejenigen, die nach zig Jahren verdienterweise endlich befördert wurden.

Das andere große Thema ist die bauliche Infrastruktur. Wir haben gerade von vielen großen Projekten gehört, teilweise auch im dreistelligen Millionenbereich. Hier muss man ganz klar sagen – das zeichnet sich ein Stück weit ab, ich bin auch froh darüber, dass wir das sagen –, dass die 33 Millionen Euro, die die Berliner Polizei, aber vielleicht auch die Feuerwehr haben im Jahr, schlichtweg nicht ausreichen. Bei einem Sanierungsstau von 1,2 Milliarden Euro muss man auch noch mal insgesamt anders und neu denken, und da werden wir gucken, was wir im Rahmen der Haushaltsberatungen auf den Weg bringen können. Das ist uns wichtig. Da geht es nicht nur um die Frage der Sanierung von Toiletten oder Duschen, sondern schlichtweg darum, dass die Fassade stimmt, dass ein Dach drauf ist und auch funktioniert bis hin zur IT-Infrastruktur. Das sind Riesenbauvorhaben und auch riesige Investitionen, die Stück für Stück sukzessive getätigt werden müssen, denn je länger wir warten, umso teurer wird es. Wir sehen es an der Freiwilligen Feuerwehr. Wir sehen es an der Situation beispielsweise in Müggelheim und anderswo, wo ein Modularbau, der vorher vielleicht 3,5 bis 4 Millionen Euro gekostet hat, jetzt deutlich mehr kostet. Das heißt, wenn wir länger warten und mehr Zeit verspielen, wird es auf Dauer ein Problem.

Das Thema Fahrzeugpark spielt auch eine Rolle, das dürfen wir nicht aus dem Blick verlieren. Da geht es auch nicht nur um Einsatzfahrzeuge, Gruppenfahrzeuge, sondern auch um technische Fahrzeuge, gerade im Bereich der Polizei und Feuerwehr. Das sind Fahrzeuge, die Geld kosten, aber sie sind sehr wichtig im Einsatzraum, im Einsatzgebiet.

Um vielleicht noch mal auf ein Thema zu kommen, das Iris Spranger angesprochen und noch mal in den Fokus gerückt hat, auch für die Koalition; ich bezeichne es immer so ein bisschen als das Thema Sicherheit im Kiez, das Hand in Hand geht mit dem Kontaktbereichsbeamten, mit der Fahrradstaffel beispielsweise oder Fahrradstreife bis hin zum Thema Verkehrsüberwachung, bis hin zum Thema Schulwegsicherung. Es sind viele Themen, die ineinandergreifen und zusammen funktionieren sollen und müssen. Ich glaube, da können wir miteinander nicht nur bei den Haushaltsberatungen etwas lernen, sondern auch in der Frage der praktischen Umsetzung. Ich finde es gut – das ist uns auch ein wichtiges Anliegen –, dass wir Sicherheit nicht nur innerhalb des Berliner S-Bahn-Rings begreifen, sondern auch darüber hinaus. Kollege Kohlmeier, der in dieser Legislaturperiode des Abgeordnetenhauses freiwillig nicht mehr dabei ist, hat noch mal deutlich gemacht, dass 70 Prozent der Berlinerinnen und Berliner außerhalb des S-Bahn-Rings wohnen, das heißt, wir müssen da natürlich die ganze Stadt im Blick haben.

Ich will noch drei, vier Punkte ergänzen, die mir wichtig sind, auch noch mal mit Blick auf uns insgesamt. Wir sollten auch die Chance nutzen – nicht nur mit Blick auf das Thema Corona, Demonstrationsspaziergänge insgesamt –, das Demonstrationsgeschehen im Innenausschuss intensiver zu debattieren. Die Berliner Polizei leistet seit Jahren eine Aufgabe, hat einen Auftrag, den sie erfüllt, aber der sozusagen tief in den Knochen sitzt: das Demonstrati-

onsgeschehen, nicht nur in der Frage, was vor Ort stattfindet, sondern ob es die Überstunden sind, ob es die Wochenenden sind, die dann nicht mehr ganz planbar sind, weil man vielleicht zum Dienst muss. Natürlich helfen die anderen Bundesländer mit, aber Fakt ist: Das Land Berlin zahlt da schon mehr drauf als andere, und das Geld vom Bund reicht schlichtweg in der Sache nicht unbedingt. Es fehlt personelle Unterstützung, die man zwar in Teilen bekommt, aber ich will sagen, das ist ein Riesenthema. Die Demonstrationslagen, bis über 5 000 und jetzt wahrscheinlich auf 6 000 oder 7 000 angewachsen, sind immens. Das sollten wir im Blick haben. Die Mehrbelastung für Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienst spielt tagtäglich eine Rolle. Auch das ist ein Riesepunkt, an dem wir arbeiten. Frau Spranger hat da deutlich gemacht, dass etwas passieren soll.

Ich will noch einen Punkt aufgreifen: Wir alle, jedenfalls die, die in der letzten Wahlperiode dabei waren, haben uns zum Thema Zentraler Objektschutz intensiv angehört, was wir eigentlich machen müssen, also dass wir da auch Geld in die Hand nehmen müssen für mehr Angestellte, damit wir letzten Endes den Vollzug entlasten, damit er dort nicht einspringen muss. Es gibt viele Punkte bis hin zum Präventionsgedanken, bis hin zum Thema Kampf gegen die Organisierte Kriminalität, aber auch Kampf gegen den Extremismus in seinen ganzen Facetten, in seiner ganzen Bandbreite. Ich war Mitglied im Untersuchungsausschuss Breitscheidplatz, Benedikt Lux auch, andere auch, Niklas Schrader, Herr Woldeit auch. Wir haben einen Auftrag. Es gibt einen Abschlussbericht, der uns etwas in die Hand gegeben hat, und da geht es um Umsetzung. Deswegen finde ich es gut, dass wir das Thema Schutz von öffentlichen Plätzen mit drin haben, dass wir das mitdenken – es hat alles einen Grund, es ist nicht nur der Breitscheidplatz – und das Thema noch mal aufgreifen.

Vorletzter Punkt: Ehrenamt. Das halte ich für einen ganz wichtigen Punkt. Ich kenne die Entwicklungen ja nun auch eine Weile. Wir haben es geschafft, dass die Freiwillige Feuerwehr auch für Berlin, auch für den Innenausschuss, fürs Parlament eine große und wichtige Rolle spielt, was auch total richtig ist. Über Jahre hat sich das entwickelt und aufgebaut. Ich will ein nächstes Fenster aufmachen, das steht auch im Koalitionsvertrag, Torsten Akmann und andere, auch wir, kennen das Thema: das Thema Katastrophenschutz, Katastrophenschutzzentren und vieles mehr. Wir haben jetzt auch den Auftrag, uns genau darum zu kümmern: Freiwillige Feuerwehr, Katastrophenschutz Hand in Hand mitzudenken, auch beim Thema Modularbau, Neubau. Das ist ein ganz wesentlicher Punkt. Dieses Ehrenamt stärkt und stützt diese Gesellschaft, und ohne die könnten wir gar nichts. Das will ich dazu sagen.

Einen letzten Punkt will ich schon noch erwähnen: Es würde mich freuen – das lag vielleicht in der letzten Wahlperiode auch an der ganzen Coronasituation –, wenn wir als Innenausschuss mehr noch den praktischen Blick wagen, das heißt, dass wir ab und zu mal Außentermine wahrnehmen, dass wir uns ab und zu mal die neue Raumschießanlage angucken, dass wir uns anschauen, wie aus- und fortgebildet wird, dass wir uns technische Einheiten anschauen, dass wir uns anschauen, was die Wasserschutzpolizei macht oder auch die Feuerwehr zum Thema Rettungskonzept auf dem Wasser oder beispielsweise Übungen von Einsatzhundertschaften bei Demonstrationslagen. Das hat einfach den Grund, dass es eine ganze Menge bringt. Wir können viel mitnehmen, und das kann vielleicht auch etwas bringen für den Innenausschuss für weitere Debatten, Diskussionen und Auseinandersetzungen auf einer fachlichen, sachlichen Ebene. Es wird hier vielleicht manchmal ein bisschen emotionaler, aber letzten Endes geht es darum, dass wir Berlin sicher machen wollen. – Danke!

Vorsitzende Gollaleh Ahmadi: Vielen Dank, Herr Schreiber! – Als Nächster hat Herr Abgeordneter Balzer das Wort.

Frank Balzer (CDU): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Frau Senatorin! Ich danke für Ihre Ausführungen! Ich sehe Licht, ich sehe aber auch noch viel Schatten. Insgesamt sind die Wünsche und Vorstellungen der CDU-Fraktion nicht erfüllt, und ich möchte gern auf einige Punkte eingehen. Die Präsenz der Kontaktbereichsbeamten im gesamten Stadtgebiet ist zu begrüßen, das Gleiche gilt für die Verdreifachung der Fahrradstreifen. Ich finde auch das Veranstaltungssicherheitsgesetz einen spannenden Schritt, wo das Land auch ein bisschen Neuland betritt.

Der Aufwuchs von Personal ist wichtig; er ist überfällig. Die Frage ist, ob er ausreichend ist. Sie haben gesagt, Sie möchten darüber im Augenblick noch nicht sprechen, weil Sie in Verhandlungen sind. Ich frage mich, warum Sie dann aber in der „Morgenpost“ schon die Zahl 700 für Polizei und Feuerwehr genannt haben. Das bedeutet pro Jahr 140, und man kann Sie zitieren, dass die 700 Stellen über den eigentlichen Bedarf dann hinausgehen. Da muss ich Ihnen widersprechen, weil ich glaube, der Bedarf ist deutlich höher, insbesondere bei der Berliner Polizei. Alleine wenn man sich die Überstunden anschaut, weit über eine Million, wenn man sich die Lage der Bereitschaftspolizei anschaut, wo kaum freie Wochenenden vorhanden sind, wenn man sieht, dass in den Direktionen permanent Alarmhundertschaften gebildet werden müssen und damit die Arbeit der Abschnitte leidet, dann zeigt sich, dass diese Anzahl an Neueinstellungen nicht ausreichend ist. Die Polizei redet auch nicht von bedarfsorientierter Personalzuweisung, sondern weist belastungsorientiert Personal zu. Ich finde diese Begrifflichkeiten spannend, weil sie doch deutlich machen, dass auch die Polizei weiß, dass der Bedarf dort nicht ausreichend ist. Das ist ein Problem, Frau Spranger, von dem ich glaube, dass Sie dort mehr hätten tun wollen, aber Sie haben sich Ihren Koalitionspartner ausgesucht und müssen dann mit dem Gesamtergebnis leben.

Wenig gesagt haben Sie zum Sanierungsstau. Ich finde, das ist ein Thema, das hier im Ausschuss wesentlich intensiver diskutiert werden muss. Wenn wir einen Sanierungsstau haben bei den Gebäuden der Polizei, der Feuerwehr, kann man sicherlich einige Leuchttürme herausgreifen, wo Wachen der Freiwilligen Feuerwehr saniert werden. Es ändert aber nichts daran, dass die im Etat eingestellten 33 Millionen Euro ein Tropfen auf dem heißen Stein sind; von der Summe, die notwendig ist, 3 Prozent. Wie lange soll es dann dauern, bis da tatsächlich wirkliche Sanierungen stattfinden? – Ich muss gestehen, dass das Engagement der Polizeiführung bei dem Thema doch sehr devot ist und jeder Finanzsenator sich darüber freut. Da würde ich mir schon wünschen, dass die Spitze einer Behörde dort anders agiert und auch mehr im Interesse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, denn die Zustände in den Räumlichkeiten von Polizei und Feuerwehr suchen ihresgleichen in Berlin. Es gibt kein Bezirksamt, es gibt keine Senatsverwaltung, die in vergleichbaren Räumen arbeiten muss. Von daher ist da dringend weiterer Handlungsbedarf gegeben.

Das Thema Schießstände ist angesprochen worden, und ich möchte nicht, dass da die Historie so ein bisschen verdreht wird: Die Polizei hat nicht aus eigenem Antrieb die Schießstände saniert, was man durchaus hätte erwarten können aus Fürsorgepflicht gegenüber den Kolleginnen und Kollegen. Es sind drei Beamte gewesen, die vor 13 Jahren remonstriert haben, die das Verfahren erst mal ins Rollen gebracht haben. Sie werden sicherlich hier im Ausschuss diskutiert haben, wie mit den drei Kollegen von der Polizeiführung umgegangen worden ist.

Wie gesagt, das ist alles 13 Jahre her, aber das war der Anlass, und dann sind erst die notwendigen Schritte eingeleitet worden. Hier hat die Polizei als Behörde nicht angefangen, den ersten Schritt zu gehen.

Das Thema Bodycams: Wir haben jetzt für 10 000 Beamte 20 im Einsatz. Es sollen jetzt – das ist eine neue Zahl – 300 kommen. Das ist notwendig und wichtig – auch eine rechtliche Grundlage zu schaffen –, bei weitem aber nicht ausreichend. Wenn ich die 300 nehme, und ich gehe davon aus, dass 10 000 Kolleginnen und Kollegen damit ausgestattet werden sollen, dann bräuchten wir 33,3 Jahre. Das finde ich deutlich zu lange. Aus Sicht meiner Fraktion ist es zwingend notwendig, Wege zu finden, wie der Einsatz in geschlossenen Räumen gewährleistet werden kann, wenn es gerade dort notwendig ist, zum Eigenschutz beziehungsweise auch zur Sicherheit diese Bodycams einzusetzen. – Ich vermisse bei den rechtlichen Grundlagen einiges. Das Thema finaler Rettungsschuss wird gar nicht erwähnt, zum Einsatz von Tarnern gibt es ebenfalls keine Aussage. Auch das ist zwingend notwendig, um hier Rechtssicherheit zu schaffen. Wir werden darauf drängen, dass dieses in dieser Legislaturperiode möglichst schnell umgesetzt wird.

Die Kontrollquittungen sind von Ihnen angesprochen worden. Ich frage mich: Was ist eigentlich die vorrangige Aufgabe einer Senatorin, die für Polizei und Feuerwehr verantwortlich ist? – Ich glaube, dass die Kolleginnen und Kollegen von Polizei und Feuerwehr Vertrauen genießen. Sie haben, wir sehen es immer wieder, sehr schwierige Aufgaben zu erledigen, erst recht in Berlin, und dann muss man dieses Vertrauen mit Worten und auch mit Taten unterstützen, und das tut man nicht, indem man einen Polizeibeauftragten, einen Bürgerbeauftragten installiert und erst recht nicht, indem man in bestimmten Bereichen bei Kontrollen verlangt, dass Kontrollquittungen ausgestellt werden. Wenn es Fakten gibt, die das rechtfertigen, dann würde ich gern über diese Fakten sprechen, dann würde ich gern Beispiele und Statistiken haben, die das rechtfertigen. Das ist ein Politikum. Ich glaube, dass auch hier die SPD von ihren Koalitionspartnern getrieben wird, aber auch an dieser Stelle müssen Sie sich damit auseinandersetzen und es sich auch selbst zuschreiben lassen. Ich finde es jedenfalls nicht gerechtfertigt, in dieser Art und Weise hier ein Misstrauen gegenüber den Kolleginnen und Kollegen der Polizei auszusprechen.

Ich habe in Ihrer Koalitionsvereinbarung das eine oder andere gefunden, was ich nennenswert finde. Sie haben in Ihrer Vereinbarung auf Seite 82, zweiter Absatz von unten, stehen: „Die Sicherheit von Parkanlagen werden wir durch geeignete Maßnahmen erhöhen.“ So sind auch Ihre Aussagen an einigen Stellen gewesen – sehr unkonkret. Man müsste wissen, was denn dort vorgesehen ist oder gemacht werden soll. Sie haben auf der gleichen Seite, das ist auch schon vom Kollegen der FDP angesprochen worden, deutlich gemacht, dass Sie vorhaben, die notwendige Erneuerung der Fahrzeugflotte und des Gebäudebestands „möglichst klimaneutral“ zu gestalten und „verbindliche Klimaschutzkonzepte“ zu entwickeln. – Das ist irgendwie schon ein bisschen ein Hohn für die Kolleginnen und Kollegen der Polizei und der Feuerwehr, die sanitäre Anlagen haben, die an einigen Stellen nicht ansatzweise mitteleuropäischen Standards entsprechen, und dann sollen wir aber sehen, dass wir bei der Neugestaltung von Gebäuden dieses klimaneutral machen und mit Klimaschutzkonzepten versehen. Ich glaube, es geht an der einen oder anderen Stelle auch ein bisschen einfacher und vor allen Dingen, es geht dann auch ein bisschen schneller. Ich sehe auf Seite 83 im dritten Absatz eine Formulierung, zu der ich eine Frage habe:

Bei der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität bleibt der Fokus auf tatsächlich kriminelle Strukturen gerichtet.

Dieses Wort „tatsächlich“ ist ein bisschen interpretationsbedürftig, vielleicht könnten Sie dazu noch etwas sagen.

Auf Seite 85 – das muss ein Schreibfehler sein, oder beim Korrekturlesen muss etwas verloren gegangen sein – wird im zweiten Absatz erwähnt:

Die Koalition bekennt sich zum Kampf gegen rechte Gewalt, Antisemitismus, Queerfeindlichkeit, Antiziganismus, Islamfeindlichkeit und gegen jegliche Form von menschenfeindlichen Einstellungen und Bestrebungen.

Da ist jetzt, ich denke so ein bisschen an die Rigaer Straße, das Thema linke Gewalt verloren gegangen. Das muss einfach ein Versehen sein, anders kann ich mir das gar nicht erklären. Vielleicht können Sie dazu auch etwas sagen.

Ich denke, wir werden in dieser Legislaturperiode viele Diskussionen führen, teils auch strittig führen. Wir haben jedenfalls als CDU-Fraktion das dringende Bedürfnis, die Sicherheitslage in der Stadt zu verbessern und werden unseren Teil dazu auch gern beitragen.

Vorsitzende Gollaleh Ahmadi: Vielen Dank, Herr Balzer! – Als Nächster hat Herr Abgeordneter Franco das Wort.

Vasili Franco (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank, Frau Innensenatorin, für die Vorstellung der Vorhaben! Aus grüner Sicht sehen wir Freiheit und Sicherheit; das geht für diese Koalition, das geht auch für uns Hand in Hand, und das spiegelt sich in dem wider, was Frau Spranger hier vorgestellt hat. Vorab möchte ich ausdrücklich Dank aussprechen für die klare Haltung gegen jede Art von menschenfeindlicher Gewalt, wie sie hier noch mal hervorgehoben wird. Und ja, Gewalt als politisches Mittel der Auseinandersetzung ist nicht hinnehmbar. Das werden wir in Berlin nicht dulden. Vielleicht hat die Opposition nicht zugehört; ich finde, das war hier sehr deutlich.

Die Sicherheit für die Menschen in dieser Stadt – das sollten wir wissen – ist nichts Statisches, sondern muss jeden Tag aufs Neue erarbeitet werden. Natürlich leisten dafür die Beamtinnen und Beamten und die Beschäftigten des Landes, ob im Streifendienst oder in der Einsatzhundertschaft, ob als Feuerwehrauszubildende oder Rettungsassistenten, ihren Beitrag. Gerade in der Pandemie sind diese noch mal besonders unter Druck, besonders unter hohen Ansprüchen, und sie setzen sich zunehmend Gefahren für sich selbst aus, sei es durch die Radikalisierung der Coronaleugnerinnen und -leugner, wie wir auch in Berlin oft genug sehen müssen, oder auch die mittlerweile stattfindenden Angriffe auf Journalistinnen und Journalisten oder Polizistinnen und Polizisten, die wie selbstverständlich in den Protestbaukasten der Demonstrierenden aufgenommen worden sind. Auch der Mord an einer Polizistin und einem Polizisten in Kusel trifft uns sehr. Er zeigt auf tragischste Art und Weise, dass unser aller Sicherheit auch mit Extremsituationen für die Beschäftigten verbunden ist, und es ist unsere Verantwortung als Mitglieder des Innenausschusses, dass so etwas nicht Alltag werden darf, weder in Rheinland-Pfalz noch hier. Damit Sicherheit mehr ist als ein leeres Versprechen, richten wir den Blick nicht dahin, wo am lautesten geschrien wird, sondern auf Maßnahmen

und Konzepte, die einen effektiven Beitrag zur Kriminalitätsbekämpfung leisten, und das nicht nur subjektiv, sondern auch objektiv, damit wir die Sicherheit in Berlin verbessern können. Ich bin genau deshalb froh, dass wir hier – liebe Opposition, wie Sie schon durch die ersten Anträge gezeigt haben – nicht mit ersichtlichem Aktionismus vorgehen, sondern genau diesen Kurs einer evidenz- und faktenbasierten Innen- und Sicherheitspolitik als Koalition nun auch kontinuierlich fortführen können.

Deshalb stärken wir Ordnungsämtern, der Polizei, Feuerwehr, Rettungsdiensten, aber genauso auch der Zivilgesellschaft, die für unsere Freiheit und Demokratie eintritt, als Koalition den Rücken. Genauso ist auch transparentes Handeln und Vertrauen in die Polizei für uns Grundlage für eine wirksame Kriminalitätsbekämpfung. Das bedeutet auch, dass wir weiterhin die Stärkung der Bürgerinnen- und Bürgerrechte in den Fokus stellen und uns dieser verpflichten. Wir haben mit dem Versammlungsfreiheitsgesetz, das wurde heute genannt, das progressivste Versammlungsrecht der Republik geschaffen. Wir haben den Trend der Verschärfung von Polizeigesetzen in anderen Bundesländern nicht mitgemacht. Wir haben eine gesetzliche Grundlage für eine unabhängige Bürger- und Polizeibeauftragte geschaffen – übrigens ein Signal, das nicht nur an Betroffene, sondern auch in die Polizei als positives Signal zu verstehen ist –, und diese Stelle werden wir als Parlament auch zeitnah besetzen, damit wir das Gesetz auch endlich mit Leben füllen können.

Wir bauen auf die letzten fünf Jahre auf und werden da besser, wo noch Defizite sind. Auch das unterscheidet uns beispielsweise von der CDU, der ich die Sicherheit – es tut mir leid – in dieser Stadt nicht anvertrauen möchte, denn Sie haben es heute noch mal gezeigt: Ein Schwarz-Weiß-Denken und Ihre Law-and-Order-Ansätze machen blind, sich ehrlich mit Defiziten auseinanderzusetzen. Wir sind hier, so verstehe ich zumindest auch die Aufgabe des Innenausschusses, um nicht einfach Parolen herauszugeben, sondern zielgerichtete Lösungen zu diskutieren und anschließend auch zu beschließen. Wir wollen, dass Berlin eine Stadt der Freiheit und Sicherheit sein kann, und zwar für alle Menschen in dieser Stadt. Dabei schauen wir natürlich, gerade als Innenpolitikerinnen und Innenpolitiker, auf die Polizei; auf eine Polizei, die auch heute schon vielfältig ist wie unsere Stadt, die aber auch in den Kiezen verwurzelt ist, offen mit Fehlern umgeht, die rechtsextreme Strukturen in den eigenen Reihen schonungslos aufgedeckt und für die Antidiskriminierung kein nice to have, sondern auch Standard in der Polizeiarbeit ist. Wir sagen Racial Profiling den Kampf an, denn die Gewährleistung von diskriminierungsfreiem Polizeihandeln gegenüber jeder und jedem ist nichts anderes als unsere verfassungsrechtliche Pflicht, und der wollen wir auch vollumfänglich nachkommen.

Wir werden – Sie haben es auch angesprochen – eine Kontrollquittung einführen, und zwar zur Stärkung der Transparenz und Nachvollziehbarkeit polizeilicher Maßnahmen. Damit stärken wir nicht nur die Bürgerinnen- und Bürgerrechte, sondern – Sie sehen das anders, wir sehen es definitiv so – das Vertrauen in unsere Sicherheitsbehörden in Berlin. Natürlich richten wir auch den Blick dahin, wo Kriminalität passiert, vom breiten Spektrum der Organisierten Kriminalität über die Bekämpfung von Hasskriminalität, nicht nur auf der Straße, sondern auch im Netz, bis hin zum organisierten Fahrraddiebstahl und auch der Verkehrssicherheit.

Gerade aus grüner Sicht möchte ich betonen: Rücksichtslosigkeit im Straßenverkehr, wie sie anscheinend jahrzehntelang zur Normalität gehörte, ist kein Gewohnheitsrecht und genauso wenig ein Kavaliersdelikt. Wir gehen Falschparkern und Rasern an den Kragen. Dafür werden wir in den nächsten fünf Jahren so viele stationäre und mobile Blitzer wie möglich schaffen. Das werden mindestens 60 Stück, und damit werden wir mindestens doppelt so viele haben, wie heute zur Verfügung stehen. Wir verstärken die Bußgeldstelle, prüfen datenschutzgerechte und digitale Möglichkeiten zur Parkraumüberwachung; auch in diesem Bereich haben wir viel vor. Die Fahrradstaffel mit ihren rund 100 Einsatzkräften werden wir verdreifachen, damit wir mit dieser nicht nur in der Innenstadt, sondern auch außerhalb des Rings präsent sein können. Damit schaffen wir mehr Augenhöhe, direkte Ansprechbarkeit und ein klares Signal für mehr Verkehrssicherheit.

Wir schauen natürlich auch auf die Opfer von Straftaten, und zwar von Beginn an. Dabei ist die enge Zusammenarbeit mit der Justiz wichtig. Es wird ein Landesopferschutzgesetz geben, durch das Opfer von Straftaten einen Anspruch auf Beratungs- und Unterstützungsleistungen erhalten. Auch wenn wir das Thema Gewalt gegen Frauen in den Blick nehmen, werden wir die Istanbul-Konvention zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen auf die Tagesordnung setzen, auch hier im Innenausschuss, und in Berlin umsetzen. Ich danke der Innensenatorin, dass sie dieses Thema bereits sehr früh in ihren Antrittsreden auf die Tagesordnung gesetzt hat.

Wir haben uns also viel vorgenommen. Ich freue mich, als neues Mitglied im Abgeordnetenhaus hier mitarbeiten zu dürfen und hoffe auf konstruktive Sachdebatten. Ich habe mir erzählen lassen, dass das anscheinend nicht immer hier der Fall gewesen sein soll, aber manchmal ist es ja auch gut, wenn Sachen sich ein bisschen ändern. In diesem Sinne betone ich gern noch mal, dass wir mit der ersten Innensenatorin und auch der ersten Ausschussvorsitzenden schon ein bisschen dazu beitragen und zeigen, dass die Berliner Innenpolitik auch im 21. Jahrhundert ankommen kann. – Mit diesen Worten wünsche ich uns allen einen guten Start in die Legislaturperiode. Vielen Dank!

Vorsitzende Gollaleh Ahmadi: Vielen Dank, Herr Franco! – Als Nächster hat Herr Abgeordneter Schrader das Wort. Danach hat aus jeder Fraktion eine Person gesprochen, was in Ordnung ist. So soll es sein, so eine lebendige Debatte. Die Redeliste zu diesem Tagesordnungspunkt ist allerdings noch lang, und der Senat muss auch noch mal zu Wort kommen. Deshalb möchte ich eine zweiten Runde der Fraktionen, bevor Sie zu Wort kommen, um die Fragen beantworten; ich möchte gern alle Fragen sammeln, und ich bitte darum, dass Sie sich ein bisschen an die Zeit halten. Danke!

Niklas Schrader (LINKE): Vielen Dank! – Ich habe nicht wirklich Fragen. Das ist vielleicht nicht überraschend. Ich saß lange genug in Koalitionsverhandlungen und allen möglichen Runden, sodass sich keine Fragen habe, sondern nur ein paar Anmerkungen machen werde, die aber auch nicht sonderlich lang sind. – Zunächst einmal: Ich finde es gut, dass ganz am Anfang in diesem Papier steht und dass die Innensenatorin auch ganz zu Anfang mit genannt hat, dass es die Grundhaltung dieser Koalition ist, dass Freiheit und der Schutz der Grundrechte unsere Grundwerte sind, die über allem schweben, und dass wir dieses Gleichgewicht haben zwischen Sicherheit, Grundrechtsschutz und Freiheitsschutz, das sich durch den gesamten Koalitionsvertrag zieht. Das ist nicht nur ein Bekenntnis, sondern das unterlegen wir mit konkreten Maßnahmen.

Jetzt habe ich den vergangenen Redebeiträgen schon entnommen, dass in der Opposition größtenteils andere Schwerpunkte, ein anderes Gleichgewicht gesetzt werden würden. Das ist nicht überraschend, das ist Ordnung, aber es ist klar, dass wir uns da unterscheiden. Gerade bei solchen Beiträgen, wie sie jetzt zu den Themen Kontrollquittungen, Rettungsschuss, Taser und so weiter kamen, habe ich den Eindruck, dass der Repressionsanteil in einer anderen Koalition als unserer deutlich größer werden würde. Es ist, finde ich, schon richtig, dass wir das anders machen.

Dieses Gleichgewicht zeigt sich natürlich bei den Gesetzesvorhaben; das ist hier schon genannt worden. Da will ich noch ergänzen: Wenn wir das ASOG ändern, werden wir, wie gesagt, die Kontrollquittung einführen und beim Thema Racial Profiling etwas machen. Es geht darum, die Polizeikontrollen an einen bestimmten Anlass zu knüpfen, auch an kriminalitätsbelasteten Orten, nämlich an das Verhalten, und über die Kontrollquittungen eine Transparenz zu schaffen. Das ist hier, das hat mich auch nicht überrascht, als Misstrauen bezeichnet worden, aber das ist eine ganz andere Herangehensweise, die wir da haben. Ich glaube, Vertrauen in Polizeiarbeit kann nur entstehen, wenn Polizei transparent arbeitet, wenn sie kriminalistisch sauber arbeitet, wenn sie das darlegen kann, wenn sie das nachvollziehbar machen kann, wenn sie eine Fehlerkultur hat und offen damit umgeht, dass bei Polizeiarbeit Fehler passieren und man die selbstkritisch aufarbeitet, transparent macht und daraus lernt. Dafür braucht man eben bestimmte Transparenzinstrumente, bestimmte Kontrollinstrumente. Genau so etwas ist diese Kontrollquittung, genau so etwas ist der oder die Bürger- und Polizeibeauftragte, den wir einführen werden, wofür wir schon das Gesetz geschaffen haben. Insofern, glaube ich, ist das durchaus ein Gewinn für das vertrauensvolle Miteinander mit den Sicherheitsbehörden in unserer Stadt. Deswegen finde ich diesen Kurs richtig, den wir da fahren.

Vielleicht ergänzend, was jetzt noch nicht vorkam: Wenn wir Gesetzesänderungen machen werden, müssen wir natürlich auch den Datenschutz bei den Sicherheitsbehörden regeln. Es steht auch in den Richtlinien und im Koalitionsvertrag, dass wir beim Thema Datenbanken der Polizei etwas tun wollen. Auch das gehört dazu und müsste man gesetzlich regeln. Wir wollen beispielsweise eine Benachrichtigungspflicht einführen, wenn jemand in solchen Datenbanken landet. Das ist im Moment noch gar nicht der Fall, das passiert in sehr vielen Fällen nicht. Wir wollen auch eine Rückkopplung an justizielle Verfahren herstellen, damit, wenn ein staatsanwaltschaftliches Ermittlungsverfahren eingestellt wird oder sogar mit Freispruch endet, sich das in den Polizeidatenbanken widerspiegelt und nicht große Datenhalden von personenbezogenen Daten entstehen, die die Polizei im Grunde nicht mehr wirklich verwenden kann. Es kann ein Gewinn sein, wenn man den Heuhaufen kleiner macht, in dem man die Nadel sucht, und man schafft dabei gleichzeitig ein geringeres Ausmaß an Speicherung von personenbezogenen Daten und ein höheres Datenschutzniveau. Das ist ein wichtiges Vorhaben, das wir in dem Zusammenhang nicht unerwähnt lassen sollten.

Wir legen im Koalitionsvertrag und auch in den Richtlinien der Regierungspolitik einen großen Schwerpunkt auf Prävention und Opferschutz. Da sind sehr viele Maßnahmen drin, nicht nur das Landespräventionsgesetz, sondern auch die Stärkung von zivilgesellschaftlichen Institutionen, die Stärkung von Opfern von Hate Speech und so weiter. Da gibt es einiges, und ich fand es ganz interessant und bezeichnend, dass seitens der Opposition überhaupt keine Anmerkungen und Fragen dazu gekommen sind. Das zeigt, dass dieser Bereich bei uns einen besonderen Schwerpunkt einnimmt, aber von Teilen der Opposition vielleicht eher als nicht so wichtiges Gedöns betrachtet wird, das in der Aufmerksamkeit hinter den ganzen klassi-

schen Repressions- und Kriminalitätsbekämpfungsmaßnahmen zurücktritt. Das ist schade, aber auch das ist etwas, was uns wichtig ist und woran wir natürlich festhalten.

Zum Thema Einstellungen und Ausstattung ist schon sehr viel gesagt worden. Da vielleicht nur die Anmerkung: Wir bauen auf etwas auf, was wir schon in den letzten fünf Jahren in der Koalition gemacht haben. Die Personalsituation bei der Polizei und der Feuerwehr ist deutlich besser geworden, sodass wir nicht mehr nur in der Lage sind, händeringend einfach nur überall Personal aufzustocken. Klar, mehr geht immer und vielen ist es immer noch zu wenig, aber die allgemeine Situation ist schon besser geworden. Jetzt sind wir in der Lage zu überlegen, wo es klug ist, aufzustocken. Wo ist wirklich eine Personalnot? Wo ist die Situation wirklich so, dass man Aufgaben nicht mehr so gut erfüllen kann, dass man sie besser erfüllen kann, wenn man mehr Personal hat? Da setzt der Koalitionsvertrag klare Schwerpunkte und definiert relativ eindeutig, dass wir im Bereich Verkehrssicherheit etwas tun müssen, dass wir im Bereich Finanzkriminalität etwas tun müssen und im Bereich der Netzwerkarbeit der Polizei mit Akteuren im Kiez. Insofern ist das eine Schwerpunktsetzung, die man sich erst mal so vornehmen kann und die besser ist, als einfach zu sagen: Wir machen das überall flächendeckend – sondern man muss sich genau überlegen, wo es klug ist. Bei der Feuerwehr, glaube ich, brennt es immer noch ganz besonders im Rettungsdienst. Auch das müssen und werden wir in den nächsten Jahren auf dem Schirm haben, nicht nur, was das Bauliche, sondern auch, was das Personelle angeht. Das ist ein Bereich, wo auch die Gesundheitspolitik eine herausfordernde Aufgabe vor sich hat, aber wir werden natürlich unseren Beitrag leisten.

Vielleicht noch ein, zwei Worte zum Thema: Was machen wir mit dieser ganzen Diskussion um rechte Einstellungen oder Verhaltensweisen und Rassismus in den Sicherheitsbehörden? – Auch da findet der Senat in seinen Richtlinien und finden auch wir im Koalitionsvertrag klare Worte. Ich finde es gut, dass wir offen und offensiv damit umgehen. Wir haben ergänzend zu den Punkten, die jetzt genannt worden sind – dass es einen Aktionsplan seitens des Senats gibt, dass wir die Rassismusstudie, die schon angelaufen ist, weiterführen –, als Parlament noch die Aufgabe, die Stelle des Bürger- und Polizeibeauftragten zu besetzen, der auch für dieses Thema ein Gewinn sein kann. Wir als Parlament werden auch, das haben Sie im Koalitionsvertrag gelesen, den Untersuchungsausschuss zur rechten Anschlagsserie in Neukölln einsetzen und versuchen, Missstände in den Behörden, die passiert sind, aufzuarbeiten und diese Arbeit zu verbessern und bestimmte Fehler, die dort gemacht wurden, abzustellen. Ich glaube, das ist eine parlamentarische Aufgabe, das ist nichts, was der Senat initiieren muss, aber natürlich erwarten wir als Parlament vom Senat – das betrifft nicht nur die Senatsverwaltung für Inneres, sondern auch andere, Justiz insbesondere – ein größtmögliches Maß an Kooperation und die Bereitschaft, aufklärend mitzuwirken und das auf den Tisch zu legen, was der Untersuchungsausschuss für seine Arbeit braucht. – Ich belasse es dabei und bin auf die Antworten der Senatorin gespannt. Vielen Dank!

Vorsitzende Gollaleh Ahmadi: Vielen Dank, Herr Schrader! – Herr Koçak, bitte!

Ferat Koçak (LINKE): Sehr geehrte Frau Senatorin! Herr Staatssekretär! Frau Polizeipräsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Als frisch gewählter Abgeordneter stehe ich noch öfter mal außerhalb des Tellerrandes und möchte neue Perspektiven mit einbringen. Ich möchte die Abgeordneten und den Senat darüber informieren, dass zum Thema Einstellungsoffensive in Sicherheitsbehörden insbesondere bei antirassistischen Bewegungen weltweit neue Modelle eines sicheren Zusammenlebens diskutiert werden. Die Modelle „Defund the Police“ oder

„Abolish the Police“ schaffen Ressourcen, um die sozialen Aspekte von Sicherheit zu stärken. Mittelfristig brauchen wir hier ein Umdenken in Richtung Entkriminalisierung, denn finanzielle Ressourcen sind begrenzt und werden an anderen Stellen, beispielsweise bei der Feuerwehr, gebraucht, die aufgrund der Klimakrise und steigender Zahlen unterschiedlicher Wetterbedingungen öfter Einsätze fährt. Deshalb wollte ich das hier ergänzend aus einer persönlichen antirassistischen Perspektive einbringen. – Vielen Dank!

Vorsitzende Gollaleh Ahmadi: Vielen Dank, Herr Koçak! Vielen Dank, dass Sie sich kurzgefasst haben! – Als Nächstes wollte sich Herr Penn digital dazu äußern. Nach Herrn Penn kommen wir zur Antwort der Frau Senatorin, es sei denn, Sie sagen, Sie brauchen länger als 15 Minuten. Dann würden wir erst die Pause machen und dann einsteigen.

Senatorin Iris Spranger (SenInnDS): Ich brauche nicht länger als 15 Minuten, aber ich habe hier schon so viele Zettel, dass ich hoffe, dass nicht nur ich antworte, sondern auch – – [Zuruf von Kurt Wansner (CDU)] – Mir ist es egal, entscheiden Sie. Sie sind die Vorsitzende.

Vorsitzende Gollaleh Ahmadi: Wie gesagt, Herr Penn von der CDU-Fraktion hat sich auch zu Wort gemeldet und hat als Nächster das Wort, Herr Wansner.

Maik Penn (CDU) [zugeschaltet]: Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich möchte mich auch kurzfassen, nicht mit einem langen Statement, sondern mit zwei ganz konkreten Fragen. Frau Senatorin Spranger sprach den weiteren Personalaufwuchs bei der Berliner Polizei an, den wir natürlich sehr begrüßen. Meine konkrete Frage in diese Richtung ist: Welche konkreten Planungen und vor allem Grenzen bei der Polizei gibt es aus räumlicher und personeller Sicht, Ausbildungskapazitäten zu erhöhen, jeweils für den mittleren und den gehobenen Dienst?

Meine zweite Frage geht in Richtung Feuerwehr und betrifft die Sanierung beziehungsweise den Neubau von Feuerwachen. Frau Senatorin Spranger sprach Wilhelmshagen, Müggelheim und Mahlsdorf an. Dort gibt es einen dringenden Bedarf, allein schon wegen des Bevölkerungszuwachses, und Zusagen, die es schon lange gab, und deshalb ist meine Frage, mit welchem Zeitplan es da vorangehen soll. Nicht, dass wir erst in vier, fünf Jahren über Neubauten und Sanierung dort reden, sondern wann geht es dort – Klammer auf: möglichst zeitnah – los? – Vielen Dank!

Vorsitzende Gollaleh Ahmadi: Vielen Dank! – Frau Senatorin, Sie haben das Wort!

Senatorin Iris Spranger (SenInnDS): Herzlichen Dank für die Unterstützung bei einigen Punkten und auch für die Fragestellungen! Ich darf auf einige Fragen eingehen; gestatten Sie mir, dass ich einiges an die Polizeipräsidentin beziehungsweise an den langjährigen Innenstaatssekretär, Herrn Akmann, weitergebe, sodass ich jetzt einige Sachen beantworte und sie die anderen Beantwortungen machen werden.

Ganz am Anfang möchte ich Folgendes festhalten: Ich muss mich natürlich entschuldigen. Sie haben völlig recht – ich hätte die Präsentation einstellen müssen, sodass auch die Presse und diejenigen, die nicht hier im Raum sein können, die Präsentation haben. Das werden wir sofort nachholen, sodass es sehr schnell mit dem Wortprotokoll an die Abgeordneten und an die Presse gehen kann. Das muss ich auf meine Kappe nehmen. Dafür entschuldige ich mich,

aber das wird dann sofort korrigiert und beim nächsten Mal entsprechend gemacht, wenn wir wieder so eine Präsentation haben und brauchen.

Als Erstes möchte ich Folgendes festhalten: Es kam mir ein bisschen vor, als ob mir nicht ganz zugetraut wird, dass ich mich zu 100 Prozent vor die Polizei oder vor die Feuerwehr stelle – dem möchte ich vehement widersprechen. Ich bin jetzt sechs Wochen in diesem Amt, und ich glaube, Sie haben an Entscheidungen und an Äußerungen, die ich bereits getroffen habe, sehr klar und deutlich gesehen, dass ich zu 100 Prozent vor meiner Polizei, vor meiner Feuerwehr und natürlich vor den Einsatzkräften stehe. Daran lasse ich überhaupt keinen Zweifel. Das sind alles Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die jeden Tag auf der Straße stehen und Leib und Leben einsetzen, die Familien haben, die auch Berlinerinnen und Berliner sind und die ein Anrecht darauf haben, dass ihre Innensenatorin zu 100 Prozent mit Respekt und Vertrauen zu ihnen steht, und das garantiere ich hier.

Ich habe in den letzten Tagen einige Entscheidungen getroffen, die diesem Respekt geschuldet sind. Ich habe im Senat gesagt – und das habe ich im Übrigen schon in den Koalitionsverhandlungen gemacht; dass ich als Innensenatorin dafür Verantwortung trage, hat sich in der Senatsbildung ergeben –, dass auch die Beamtinnen und Beamten zum Beispiel die Coronaprämie bekommen. Das hat das Parlament entschieden, und das war eine richtige Entscheidung, denn das ist auch ein Respekt für die Beamtinnen und Beamten, die tagtäglich auf der Straße sind. Viele haben sich persönlich bei mir dafür bedankt, dass sie diese Coronaprämie bekommen. Wir haben natürlich den Weg über das Parlament genommen, weil es dadurch bis zum 31. März noch möglich war. Ich habe jetzt trotz vorläufiger Haushaltswirtschaft die ersten Beförderungen gemacht. Auch das zeigt einen ganz hohen Respekt; wir werden in enormen Größenordnungen Beförderungen vornehmen, denn auch das ist wichtig für jeden Einzelnen und für jede Einzelne. Dazu wird mit Sicherheit die Polizeipräsidentin noch etwas sagen. Insofern habe ich mich sofort in den ersten Tagen auch um diese ganz speziellen Sachen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gekümmert, und deshalb noch mal ganz klar: Ich stehe zu Vertrauen, ich stehe zu Respekt, und ich habe überhaupt keine Vorverurteilungen. Das weise ich hier ganz klar zurück. Das geht nicht, weil die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter jeden Tag selbst dafür sorgen, dass die innere Sicherheit in der Stadt gewährleistet ist. Deshalb das hier ganz am Anfang.

Herr Balzer, Sie haben aus dem Koalitionsvertrag zitiert. Sie haben von mir sieben Seiten bekommen, wo ich versucht habe, aus einzelnen Punkten schon mal einzelne Schwerpunkte zu setzen. Ich wollte nicht in den nächsten drei Jahren hier nicht mehr erscheinen – ich will natürlich mit Ihnen diskutieren –, sondern ich habe mir selbst Schwerpunkte gesetzt und gesagt: Ich möchte etwas zu Strukturmaßnahmen, zur Prävention, zur Kriminalität, zu Gesetzesänderungen und zur Einstellungsoffensive sagen. Es ist doch klar, dass das nur ein Bruchteil dessen ist, was wir hier in dieser Wahlperiode miteinander diskutieren werden, Herr Balzer. Ich werde mich jetzt nicht dafür entschuldigen, dass ich einzelne Punkte nicht genannt habe, denn die werde ich mit Sicherheit im Laufe der Zeit benennen. Das ist doch ganz klar.

Dann möchte ich noch einiges zur Gewalt sagen. Ich habe vorhin sehr deutlich gesagt, dass ich mich gegen jede Art von Gewalt stelle. Wir werden heute eventuell noch mal – ich weiß nicht, ob es kommt – ein Gerichtsurteil zur Rigaer Straße kriegen. Ich stelle mich ganz klar auch gegen Linksextremismus, damit das auch hier deutlich ist. Für mich gibt es nicht nur Rechtsextremismus, sondern auch Linksextremismus und natürlich all das, was ich vorhin auf

Seite 2 genannt habe: Queerfeindlichkeit, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit. All das gehört für mich dazu. Ich weiß nicht, ob wir heute vom Gericht eine Entscheidung bekommen, das müssen wir abwarten, aber ich werde das zur Rigaer Straße genauso fortführen, wie es mein Vorgänger gemacht hat. Das beschäftigt uns nun ja schon einige Zeit.

Dann möchte ich noch etwas zu den Gesetzen, ASOG et cetera, sagen; das wurde schon von Herrn Woldeit angesprochen. Zu den Kontrollquittungen habe ich etwas gesagt, wir werden die Handhabung prüfen. Wir sind dort im engsten Austausch mit der Polizei und werden uns das alles anschauen. Die Betroffenen der Schießstände – ist mir doch klar: Das ist damals geschlossen worden. Ich habe es vorhin gesagt: Es ist geschlossen worden, weil dort die Gesundheit derjenigen, die darin geschossen haben, nicht mehr gewährt war. Deshalb hat man es geschlossen. Das ist jetzt einige Jahre her. Ich habe zehn Jahre Stadtentwicklungspolitik gemacht, war damit natürlich auch konfrontiert, völlig klar, und wir haben auch im Stadtentwicklungsbereich sehr klar gesagt: Wenn es diese baulichen Mängel gibt, dann sind die sofort zu beseitigen beziehungsweise es ist zu schließen. Auch dazu kann die Polizeipräsidentin dann etwas sagen.

Dann kommen wir zu den Vorhaben, die Sie jetzt angesprochen haben, den 33 Millionen Euro beziehungsweise dem, was im Haushalt drinsteht. Ich habe Bauvorhaben, die in dreistellige Millionengrößen gehen, genannt. Das alles kommt natürlich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zugute. Wir dürfen nicht nur sagen: 33 Millionen Euro, und das andere nicht. – Ich bin mit derjenigen gewesen, die nicht nur das Schulstättenanierungsprogramm mitgemacht hat, sondern die auch gesagt hat, dass Toiletten in Schulen für 5 Milliarden Euro zu sanieren sind, dass wir neue Schulen aufbauen, dass wir die Kinder in eine besser Lage versetzen. Ich bin jetzt sechs Wochen im Amt. Natürlich habe ich sofort gesagt, dass ich sehen möchte, wofür diese 33 Millionen Euro eingesetzt sind. Wie sind die gebunden? Ich habe mir mal ein paar herausgezogen, zum Beispiel sind da die notwendigen Sanierungen des Polizeiabschnitts 18 in der Pankstraße und des Polizeiabschnitts 31 in der Pablo-Picasso-Straße. Wir werden die Gebäude der Polizeiliegenschaften in der Friesenstraße und Charlottenburger Chaussee sanieren. Das sind nur ein paar Maßnahmen, die ich genannt habe, aber Sie wissen es selbst, Sie haben es in den letzten Jahren auch hier im Ausschuss mitverfolgt: Die Sanierung ist notwendig, und das werden wir auch tun. Ich stehe dazu mit dem Finanzsenator in Kontakt. Aber die BIM verwaltet das. Die BIM macht jährlich einen Gebäudescan, und es stimmt, es sind 1,24 Milliarden Euro Rückstau bei der Sanierung. Ich gucke mir gerade aktuell an, und heute Nachmittag wird es mit der BIM dazu ein Gespräch auf Staatssekretärebene geben, was wir in diesen 33 Millionen Euro an gebundenen Mitteln haben, wie der Sachverhalt ist, sodass man sieht, wie die Bauvorbereitungsmittel eingestellt sind und wie der Stand ist, dass man notfalls über diese 33 Millionen Euro hinaus sofort beginnen kann. Darüber mache ich mir gerade ein Bild. Wir sind ja in Haushaltsberatungen. Die BIM hat uns Rechenschaft darüber abzulegen, was weiterhin, nach denen 33 Millionen Euro, schon an Unterlagen besteht, dass man notfalls Sachen vorziehen kann. Aber dazu werde ich jetzt nichts weiter sagen. Ich habe schon gesagt dass wir mit der BIM und mit dem Finanzsenator in Kontakt stehen. Mir liegt es genauso am Herzen wie Ihnen. Auch das ist ein Respekt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gegenüber, dass wenn sie in ihre Direktion kommen, diese Direktion so ausgestattet ist, dass man sich dort wohlfühlen und einfachste sanitäre Anlagen benutzen kann. Insofern werden Sie in mir immer eine Verfechterin für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben, aber es sei mir gestattet: Ich muss mir die aktuelle Situation anschauen.

Dann zu dem, was Herr Schreiber angesprochen hat: Ich kann Sie nur dazu ermuntern, dass Sie wirklich auch Außentermine wahrnehmen. Ich habe es vorhin schon gesagt: Am 31. Dezember war ich in beiden Leitstellen. Ich habe mir beides angeguckt. Das war nicht presseöffentlich, ich war dort allein, um ein Gefühl zu entwickeln, weil ich in den ersten zwei Tagen erfahren habe, dass wir dort marode Leitstellen haben. Ich habe mir gedacht, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ordentliche Arbeitsbedingungen haben müssen, und selbstverständlich haben die Berlinerinnen und Berliner ein Anrecht darauf, dass wenn sie den Notruf wählen, dort auch jemand sitzt und den Notruf sofort in Empfang nimmt. Deshalb ist es so wichtig. Dass wir jetzt beides zusammenführen können, ist perfekt. Das hat man sich schon in der letzten Wahlperiode überlegt, das ist nicht mein Verdienst. Ich hätte es auch so gemacht, ehrlich gesagt, denn ich bin von meinen vorangegangenen Abgeordnetenhaustätigkeiten geprägt. Da kann man entsprechende Synergien entwickeln. Deshalb ist es wichtig, dass wir das machen. Aber akzeptieren Sie bitte: Wir stehen jetzt in einer neuen Wahlperiode. All das, was sich hier gesagt habe, erhalten Sie auch per Wortprotokoll. Ich weiß doch selbst, wie es die Abgeordneten haben wollen, dass sie mich natürlich danach auf jeden einzelnen Punkt festlegen wollen, selbstverständlich. Ich hätte das so nicht gesagt, wenn ich nicht davon überzeugt wäre, dass der Finanzsenator das genauso sieht wie ich. – Das waren die ersten Sachen. Zu Rettungsdienst, Katastrophenschutz und Gesetzesänderungen können wir den Staatssekretär bitten, weitere Ausführungen zu machen. Von meiner Seite herzlichen Dank für das Lob, auch für das Lob der Opposition! Dafür bedanke ich mich auch. Das ist nicht immer ganz üblich. Insofern ist das ein Bereich, wo wir sehr viel für die Stadt machen müssen, aber mein ganz klares Bekenntnis zu den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Feuerwehr, der Polizei und den Rettungskräften sei hier noch mal sehr deutlich gesagt. – Danke schön!

Vorsitzende Gollaleh Ahmadi: Vielen Dank, Frau Senatorin! – Herr Akmann! Sie haben jetzt entweder fünf Minuten, oder wir machen nach der Lüftungspause weiter. Wir haben die zwei Stunden schon durch. Wenn Sie jetzt sagen, Sie brauchen mehr als fünf Minuten, würde ich die Lüftungspause vorziehen. – [Staatssekretär Torsten Akmann: Ich versuche es!] – Dann haben Sie das Wort.

Staatssekretär Torsten Akmann (SenInnDS): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich habe mir einige Fragen mitgeschrieben und werde versuchen, die jetzt in aller Kürze zu beantworten.

Herr Woldeit hat die alljährliche polizeiliche Kriminalstatistik erwähnt. – Herr Woldeit, die Diskussion haben wir schon öfter gehabt, sonst kommt es auch immer gern von der CDU, dass uns vorgeworfen wird, dass Berlin da nicht gut dasteht. Das halte ich ein Stück weit für unseriös, das wissen Sie. Wir können, einfach weil wir hier ein anderer kriminalgeografischer Raum sind als München oder Bayern, nicht eins zu eins einen Vergleich ziehen. Ich bitte Sie zu verstehen, dass das Landeskriminalamt, die Polizei Berlin insgesamt, bundesweit einen sehr guten Ruf hat und auch immer wieder bei schwierigen Fällen anderer Polizeibehörden zurate gezogen wird. Insofern empfinde ich das immer ein Stück weit als einen Schlag ins Gesicht der Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie hier Kritik an der Arbeit üben. Wir müssen an der Stelle die nächste Veröffentlichung der alljährlichen polizeilichen Kriminalstatistik abwarten.

Herr Jotzo, aber auch Herr Woldeit, Sie haben das Versammlungsfreiheitsgesetz angesprochen und hier die Evaluation, die die Senatorin angesprochen hat. – Das Versammlungsfreiheitsgesetz ist nach meiner Erinnerung jetzt ungefähr ein Jahr alt; ich weiß es nicht auf den Tag genau, ich glaube, es kam im Februar letzten Jahres. Hier hatten Sie die Frage gestellt, in welchen Bereichen wir evaluieren wollen. Eine Evaluierung bringt mit sich, dass man sich erst mal anguckt, in welchen Bereichen man hier eventuell etwas ändern muss. Wir haben uns vorgenommen, das erst zur Mitte der Wahlperiode aufzulegen. Die Senatorin hat ja einen Ausblick in die gesamte Wahlperiode gegeben. Was das Versammlungsfreiheitsgesetz angeht, geht es jetzt erst mal um die Mitte der Wahlperiode, wo wir gucken und evaluieren wollen. Wir müssen uns dazu die Rechtsprechung angucken, wir müssen uns angucken: Was hat jetzt die Praxis der Versammlungsbehörde ergeben? –, natürlich auch in Zusammenarbeit mit den Versammlungsteilnehmern oder Anmeldern von Versammlungen. Es gibt schon einige Rechtsprechung auf Basis des neuen Gesetzes, das betrifft vor allem Coronabezüge. Da müssen wir abwarten, was die Gerichte weiterhin zu unserem Gesetz entscheiden. Das dauert also noch ein bisschen, und insoweit können wir über einzelne Bereiche heute noch nichts sagen.

Die Senatorin hat eben auch das Thema Quittungen angesprochen, also das Thema Racial Profiling, wo sich die Koalition – wie ich finde, glücklicherweise – darauf geeinigt hat, dass wir hier ein Verbot auflegen wollen. Es ist die Frage gestellt worden: Wird das nicht zu viel Bürokratie? – Nein, das soll es natürlich nicht werden. Es geht jetzt allerdings nicht mehr um das Ob der Quittungen – das heißt, diese Quittungen werden auf jeden Fall kommen –, sondern um das Wie der Quittungen, und das ist ein Prozess, den wir jetzt gemeinsam mit der Polizei Berlin aufsetzen wollen. Ich stehe auch in engem Kontakt mit meinen Bremer Kollegen. Das Bremer Polizeigesetz ist da für uns ein Vorbild, und wir werden uns jetzt in aller Ruhe angucken, wie das in Bremen vonstattengeht und wie da die Erfahrungen sind. Dann werden wir einen konsolidierten Vorschlag in den Innenausschuss einbringen.

Bei der Gelegenheit lassen Sie mich auch noch mal sagen, Herr Woldeit – Sie hatten in dem Kontext den Görli angesprochen –: Wir haben vor einiger Zeit im Görli ein ganz neues Projekt gestartet, und das Verbot von Racial Profiling widerspricht überhaupt nicht weitergehenden und fortzuführenden Maßnahmen im Görli. Wir haben dort auch Erfolge gefeiert. Natürlich ist der Görli immer noch nicht so, wie wir uns das alle vorstellen, das ist ganz klar, aber wir haben dort auch Erfolge vorzustellen; das können wir auch gerne mal hier im Innenausschuss machen. Wir haben dort – um nur eine Zahl zu nennen – mittlerweile 116 Täter festgestellt, also Drogenhändler, sage ich jetzt mal verkürzt, und 35 von diesen Personen sind inzwischen auch schon abgeschoben worden. Wir arbeiten weiterhin daran, dass weitere Täter, die dort unterwegs sind, abgeschoben werden.

Was die Vermögensabschöpfung – auch das hat Herr Woldeit angesprochen –, also die kriminellen Erlöse aus dem Bereich der Organisierten Kriminalität angeht – Sie hatten die Beweislastumkehr angesprochen, also eine echte Beweislastumkehr meinten Sie, glaube ich, damit –, so ist das natürlich eine Frage, die vor allem an den Bundesgesetzgeber zu richten ist. Da geht es ja letztendlich um das Strafgesetzbuch. Hier sind wir mit dem BMI und vor allem dem Bundesjustizministerium im Gespräch. Das muss von dort gemacht werden. Aber wir sind hier auch im Gespräch mit einigen anderen Bundesländern, um da eventuell eine entsprechende Bundesratsinitiative zu starten, weil uns – insoweit ist es richtig – dieses Thema vor allem hier in Berlin ganz stark betrifft.

Zum Thema Bodycams kann ich noch ganz kurz sagen: Da ist in § 24c Abs. 7 unseres ASOG eine Evaluierung vorgesehen. Das Gesetz soll ja 2024 außer Kraft treten, aber vorher soll es evaluiert werden, sodass es dann eventuell fortgesetzt werden kann. Wir sind in der Innenverwaltung gerade dabei, hier die Evaluation aufzusetzen. Das heißt, wir haben bereits erste Kontakte zur Hochschullandschaft hier in Berlin geknüpft, und es geht jetzt darum, in den nächsten Wochen die Experten, die das machen können, an Land zu ziehen. Das müssen wir übrigens auch gemeinsam mit Ihnen machen. In § 24c ASOG ist vorgesehen, dass die Evaluierung im Einvernehmen mit dem Abgeordnetenhaus vonstattenzugehen hat. Das heißt, letztendlich müssen wir das im Einvernehmen mit dem Innenausschuss machen, und insoweit werden wir das dann zeitnah, ich denke, auf jeden Fall in den nächsten Wochen – wir müssen damit jetzt beginnen, weil wir nur ein Jahr Zeit haben – mit Ihnen besprechen; insoweit dazu demnächst mehr!

Vorsitzende Gollaleh Ahmadi: Herr Staatssekretär! Die fünf Minuten sind längst um. – Dann machen wir jetzt eine Lüftungspause. Ich möchte Sie noch mal darauf hinweisen: Wir haben noch eine Redeliste. Herr Wansner und Herr Woldeit, Sie stehen auf der Redeliste. Ich verstehe auch das Bedürfnis, heute einzelne Punkte aus dem Koalitionsvertrag mit dem Senat diskutieren zu wollen, möchte Sie aber trotzdem darauf hinweisen: Wir haben noch drei Anträge, Besondere Vorkommnisse und weitere Besprechungspunkte zu diskutieren. Ich sähe es ungern – ich denke, es geht Ihnen allen so –, dass wir schon bei der ersten Sitzung anfangen, Tagesordnungspunkte auf nächste Sitzungen zu schieben. Ich möchte heute nicht anfangen zu zählen, wie viele offene Drucksachen wir dann zum Ende der Legislatur haben. Von daher: Vielleicht nutzen Sie die Lüftungspause, um an der frischen Luft noch mal darüber nachzudenken, ob wir weiter alle Punkte aus dem Koalitionsvertrag hier diskutieren wollen. Wir sehen uns in 15 Minuten pünktlich hier im Raum. Ich möchte auch alle bitten, den Raum zu verlassen. Wir müssen lüften.

[Unterbrechung der Sitzung von 11.06 Uhr bis 11.21 Uhr]

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir fangen wieder an. Herr Staatssekretär hat noch zwei, drei Minuten, um seinen Wortbeitrag zu Ende zu bringen, und dann haben wir Herrn Wansner und Herrn Woldeit auf der Liste, es sei denn, Sie sagen, die Fragen sind vorerst beantwortet oder grob beantwortet und die einzelnen Punkte aus dem Koalitionsvertrag können wir in den nächsten fünf Jahren noch mal diskutieren. – Aber zuerst Herr Akmann!

Staatssekretär Torsten Akmann (SenInnDS): Vielen Dank! – Ich bin auch fast durch. Ich war eben stehengeblieben bei den Bodycams. Ich hatte gesagt, da kommen wir auf Sie zu, weil wir das nach § 24c ASOG machen müssen.

Dann kam noch eine Frage, inwieweit wir das UZwG in dieser Legislaturperiode anpacken mit Blick auf den – das ist nicht ausdrücklich genannt worden, aber wohl gemeint gewesen – finalen Rettungsschuss. Zu dem Thema hat die Koalition in der letzten Legislaturperiode eine sehr angemessene Regelung gefunden, die auch den Kolleginnen und Kollegen, die es vor Ort betrifft, gerecht wird. Da geht es ja um das Thema Rechtsschutz. Das haben wir insoweit geregelt. Ich gehe nicht davon aus, dass das UZwG – an der Stelle jedenfalls nicht – in dieser Legislatur noch mal angepackt wird.

Dann ging es um das schwierige Thema Entschädigungszahlungen für solche Personen, die damals auf den Schießständen gearbeitet haben und heute krank sind. Das ist ein ganz schwieriges Thema. – Herr Balzer, Sie hatten da nicht ganz zu Unrecht gesagt, wir wollen hier die Historie nicht verdrehen. Da muss ich aber sagen, zur richtigen Historie gehört auch, dass der Innensenator Henkel dieses Thema nicht richtig angepackt hat, sondern erst der rot-rot-grüne Senat. Wir haben ja damals – bundesweit einmalig – eine Bewertungskommission eingesetzt für solche Fälle. Da gibt es in diese Richtung inzwischen eine – wie soll ich sagen? – gewisse Vorwurfslage, dass die Bewertungskommission, die unabhängig vom Senat agiert hat, hier und da nicht richtig entschieden hat. Wir haben uns daraufhin zum Ende der letzten Legislaturperiode entschlossen, das noch mal zu überprüfen und eine Sichtungskommission einzurichten. Mit der habe ich mich gerade letzte Woche getroffen. Da steht der Abschlussbericht vor der Tür. Ich denke, noch im Frühjahr, ich vermute im April, wird es einen Abschlussbericht dieser Sichtungskommission geben, und darüber werden wir Sie im Ergebnis natürlich informieren. Mit dem B.I.S.S. e. V. stehe ich auch in Kontakt. Ich glaube, da ist erst mal alles auf die Schiene gebracht. Natürlich ist es am Ende des Tages auch eine finanzielle Geschichte, aber der Koalitionsvertrag hat sich auch dazu geäußert und gesagt, dass die Finanzierung der Entschädigungszahlungen fortgeführt wird.

Dann wurde die Gefährdersituation angesprochen, vor allem, was den islamistischen Terrorismus angeht, aber auch der Linksextremismus ist in dem Kontext genannt worden. Da hat mich ein bisschen gewundert, Herr Woldeit, oder vielleicht gar nicht so sehr gewundert, dass Sie den Rechtsextremismus nicht ansprechen. – [Karsten Woldeit (AfD): Doch, habe ich!] – Okay, dann sorry! Jedenfalls ist es so, dass wir als Rot-Rot-Grün da am meisten getan haben in den letzten Jahren. Zu Beginn der letzten Wahlperiode war gleich der Anschlag auf dem Breitscheidplatz, und wir haben dann die Strukturen in diesem Bereich sehr effizient gestaltet und gut und robust aufgestellt. Ich glaube, an der Kante tun wir wirklich alles, was getan werden muss. Auch LKA und Verfassungsschutz arbeiten da sehr eng zusammen. Wir arbeiten mit dem Bundeskriminalamt zusammen. Es gibt dort das System RADAR-iTE. Das heißt, jeder Gefährder in Berlin wird dort auch gemonitort. Wir haben hier also die Gefährder im Blick, und das betrifft alle Extremismusbereiche.

Herr Balzer hat das Thema Taser angesprochen und in Richtung der Senatorin gesagt, sie habe das nicht erwähnt. Das hat auch seinen Grund, es hängt damit zusammen, dass der Taser ein Projekt ist, das wir seit Jahren in der Prüfung haben. Wir haben kurz nach der Wahl dieses Projekt noch mal bis Ende dieses Jahres, also bis zum 31. Dezember 2022, verlängert, weil die Ergebnisse, die wir im Kontext des jetzigen Tasereinsatzes gewonnen haben, noch nicht so umfassend sind, dass wir sagen, wir führen jetzt den Taser ein, oder wir führen ihn nicht ein. Ich bin noch nicht überzeugt von dem Taser, weil sich bisher gezeigt hat, dass der Einsatz von Tasern vor allem gegenüber Suizidalen geschieht. Das heißt, wir verhindern mit einem Taser Selbstmorde. In dem klassischen Kriminalitätsbereich habe ich noch keine entsprechenden Ergebnisse, aufgrund derer ich sagen würde, das ist ein gutes Instrument für die Polizei Berlin – deshalb die Verlängerung des Projektes. Wir haben diese Taser jetzt ausgekehrt auf weitere Abschnitte der Polizei Berlin, um bessere Zahlen zu bekommen. Auch da werden wir Sie auf dem Laufenden halten. – Vielen Dank!

Vorsitzende Gollaleh Ahmadi: Vielen Dank, Herr Staatssekretär! – Herr Abgeordneter Wansner hat jetzt das Wort.

Kurt Wansner (CDU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Wir werden sicherlich, da haben Sie recht, noch oft über die Koalitionsvereinbarungen reden, und deshalb werde ich es jetzt nicht machen, sondern mehr oder weniger die Vorlage durcharbeiten, die wir heute von der Senatorin bekommen haben.

Frau Senatorin! Ihr zweiter Ansatz, dass Sie sich unmittelbar vor die Polizei stellen und vollstes Vertrauen zur Polizei in dieser Stadt haben, war richtig und wird sicherlich auch den Kollegen vor Ort das Gefühl geben, dass das, was sie tagtäglich machen müssen, honoriert wird. Es ist eine wichtige Aufgabe, dass Beamte und Angestellte des öffentlichen Dienstes immer da Gefühl haben, insbesondere die Senatorin wird sie unterstützen. Aber sehen Sie, Freiheit kann man sehr oft betonen, aber Freiheit ist die jedes Einzelnen. Ich war vor ein oder zwei Jahren mal mit vielen Frauen und auch Männern bei der Polizeipräsidentin. Sie werden sich noch erinnern, dass die Damen Angst hatten, abends ins Theater und dann nach Hause zu gehen in einige Wohngebiete. Man muss sich damit beschäftigen, dass Menschen in dieser Stadt, insbesondere Frauen, Angst haben, nach 21 Uhr, 22 Uhr mit der U-Bahn nach Hause zu fahren und dann die letzten Meter nach Hause zu gehen, Angst haben vor dem, was ihnen möglicherweise passieren kann. Das ist die Aufgabe, die Sie hier insgesamt haben, und das werden wir sicherlich auch noch sehr oft diskutieren.

Frau Senatorin, wenn Sie die zweite Seite nehmen: „Die Koalition bekennt sich zum Kampf gegen rechte Gewalt, Antisemitismus, Queerfeindlichkeit, Antiziganismus, Islamfeindlichkeit“ – gegen alles. Aber die linke Gewalt – das haben Sie gesagt, es steht aber hier nicht –, die in dieser Stadt zwischenzeitlich staatsgefährdend ist und einen der schlimmsten Bereiche insgesamt abdeckt, haben Sie hier schriftlich nicht erwähnt. Herr Balzer hat Sie ja darauf hingewiesen, dass Sie das in der Koalitionsvereinbarung schon nicht haben, aber Sie haben es hier noch nicht einmal im Ansatz aufgelistet. Wir haben uns ja in den letzten Jahren, fast seit einem Jahrzehnt, über die Rigaer Straße hier mehr oder weniger den Kopf heiß geredet und waren immer ein wenig verzweifelt, dass hier nicht mehr passiert, Herr Staatssekretär! Ich habe eine Frage in diesem Zusammenhang, Frau Polizeipräsidentin: Bei der Räumung im unmittelbaren Bereich der Rigaer Straße ist ja eine Polizeibeamtin schwerstverletzt worden, deren Augenlicht wohl sehr massiv gelitten hat. Wie ist denn der Gesundheitszustand dieser Frau insgesamt?

Dann schreiben Sie: „Wir wollen die Chancen einer jüngeren, weiblicheren, diverseren und diskriminierungskritischen Polizei nutzen“. – Seien Sie mir nicht böse: Das halte ich für selbstverständlich. Es ist selbstverständlich, dass ich eine Polizei habe in dieser Stadt, in einer Großstadt wie Berlin, die mehr oder weniger offen ist für alles, was tagtäglich auf sie zukommen kann und wird. Aber wir müssen auch eine Polizei haben, die mit den Problemen, die sie Tag für Tag in dieser Stadt erlebt, so umgehen kann, dass sie sie auch verarbeiten kann, denn so einfach ist es nicht. Solch einen Satz hier aufzuschreiben, das kann man an jedem Schreibtisch tun, aber das kann man nicht vor Ort diskutieren.

In Richtung einer Polizeiwache am Kottbusser Tor werden wir sicherlich – dazu werden wir heute nicht kommen – in nächster Zeit diskutieren. Aber einen Satz dazu: Diese Entscheidung, wenn sie von Ihnen kam, war vollkommen richtig. Es ist eine Forderung, die ich seit 10, 15 Jahren stelle. Jeder, der sich mal mit dem Kottbusser-Tor-Bereich beschäftigt, der mal abends über den Kottbusser-Tor-Bereich geht, der sich mal anguckt, welche Kriminalitätsbelastung dort ist – [Zuruf von Tom Schreiber (SPD)] – Herr Schreiber, vielleicht waren Sie schon lange nicht mehr da! –, dann ist das mehr oder weniger nicht mehr zumutbar.

„Der Zentrale Objektschutz wird verbessert.“ Das ist sicherlich der richtige Ansatz. Aber wird der Objektschutz auch aufgewertet in seiner beruflichen Tätigkeit? Das ist doch auch die Frage, mit der man sich mal insgesamt beschäftigen muss. – „Videüberwachung zur vorbeugenden Kriminalitätsbekämpfung an kriminalitätsbelasteten Orten soll eingesetzt werden.“ Dann fangen Sie mal an. Darauf bin ich gespannt, wie Sie es besonders im Kottbusser-Tor-Bereich durchführen werden. Wenn Sie mit Ihren zwei PKW-Anhängern ankommen, mit denen Sie dann rollend durch die Gegend fahren, kann man das schmunzelnd abhaken. Da würde ich mich sehr massiv amüsieren.

„Verbesserung der Maßnahmen zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen“ – Frau Senatorin, mir fehlt hier immer eines, und zwar die direkten Aussagen zur Zwangsprostitution von Frauen. Wenn man sich mal damit beschäftigt, mit welcher Gewalt, mit welcher unanständigen Brutalität Frauen zur Prostitution gezwungen werden, kann ich Ihnen nur empfehlen, sich dort massiver mit der Polizei einzuarbeiten, denn das ist eine so massive Vorgehensweise, mit der man sich insbesondere beschäftigen muss.

Dann noch mal zum Görlitzer Park: Seien Sie mir nicht böse, Herr Staatssekretär, aber wer meint, dass sich der Görlitzer Park in letzter Zeit gebessert hat, leidet möglicherweise ein wenig unter Realitätsverlust. Sie haben heute die gleichen Kreise, die in der Wrangelstraße vor Geschäften stehen, wo Anwohner, die dort seit Jahrzehnten wohnen, es nicht mehr hinnehmen können. Wir haben gerade dort viele türkischstämmige Menschen, die dort wohnen, die zu mir sagen: Herr Wansner, unsere Kinder erleben tagtäglich die Drogenhändler vor Ort. – Der Bereich Görlitzer Park ist ja nicht nur der Görlitzer Park, sondern er ist insgesamt für einen ganzen Wohnbereich von mindestens 100 000 Menschen zuständig.

Frau Polizeipräsidentin, oder auch Frau Senatorin! Wir haben am Oranienplatz heute ein Denkmal gegen Polizeigewalt stehen. Dieses Denkmal ist von Ihren Koalitionspartnern aufgestellt worden. Ein Denkmal gegen Polizeigewalt auf dem Oranienplatz, auf einem Platz, der zwischenzeitlich zu einer der wichtigsten Grünflächen in diesem Park gehört. Dort steht zwischenzeitlich, von Linksradiakalen aufgestellt, das Denkmal gegen Polizeigewalt. Wenn Sie sich die Reden mal anhören, die dort tagtäglich gehalten werden, dann sollten Sie sich mit einigen in Ihren Koalitionsbereichen unterhalten.

Zum Schluss ein anderer Punkt, Frau Senatorin: Wir haben erlebt, dass Ihr Vorgänger immer Probleme hatte, insbesondere mit einigen Bezirksämtern, seine politischen Ansätze durchzubringen, und dass einige Bezirksämter genau das Gegenteil gemacht haben. Ich will gar nicht wieder auf die Rigaer Straße eingehen, Görlitzer Park, überall. Wie wollen Sie mit Bezirksämtern umgehen, die nicht bereit sind, mit dem, was Sie hier heute angekündigt haben, umzugehen? Werden Sie sich mit ihnen persönlich beschäftigen? Wie gehen Sie insgesamt mit Leuten um, denen es Spaß macht, die innere Sicherheit in dieser Stadt zu untergraben?

Vorsitzende Gollaleh Ahmadi: Vielen Dank! – Ich möchte hier transparenzhalber zu Protokoll geben, dass sich Frau Senatorin und auch Herr Staatssekretär heute mehrfach deutlich zum Thema Linksextremismus geäußert haben. Falls es Ihnen entgangen ist, es wurde heute schon darüber gesprochen. – Als Nächster hat Herr Woldeit das Wort!

Kurt Wansner (CDU): Darf ich Sie fragen, ob Sie als Vorsitzende unsere Redebeiträge kommentieren?

Vorsitzende Gollaleh Ahmadi: Transparenzhalber habe ich gesagt, dass heute hier mehrfach darüber gesprochen wurde. – Und jetzt hat Herr Woldeit das Wort!

Kurt Wansner (CDU): Das nehmen wir auch so zur Kenntnis! Ohne Ihre Hilfe.

Vorsitzende Gollaleh Ahmadi: Dann hat Herr Woldeit das Wort!

Karsten Woldeit (AfD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! Vielen Dank, Frau Senatorin! Vielen Dank, Herr Staatssekretär Akmann! – Herr Kollege Wansner, wenn ich mir die Zusammensetzung des Bezirksamtes Friedrichshain-Kreuzberg ansehe, kann ich mir schon vorstellen, dass seitens der Senatsinnenverwaltung mitunter wieder mit der Bezirksaufsicht gearbeitet werden muss. Was ich aber auch positiv erachte, ist, was in Sachen Weiblichkeit innerhalb der Sicherheitsbehörden passiert. Wir haben nicht nur eine Polizeipräsidentin, wir haben jetzt auch eine Innensensorin, und wir haben weitere Sicherheitsorgane, eine Vorsitzende des Innenausschusses. Ich glaube, wir sind insgesamt auf einem guten Weg.

Frau Senatorin! Sie haben sich bedankt, dass viele Ihrer angekündigten Schritte durchaus Lob erfahren. Sie wissen aus der vergangenen Legislatur, dass es gerade aus der Opposition heraus, wenn die richtigen Impulse gekommen sind, durchaus Unterstützung seitens der Opposition gab. Mitunter gab es auch gute Impulse, die umgesetzt wurden, wie zum Beispiel die Etablierung einer Polizeimedaille oder einer Ehrenmedaille für Polizei und Feuerwehr für besondere Leistungen auf Antrag meiner Fraktion. Das sind gute Impulse, die werden wir dementsprechend auch weiter unterstützen. Sie bekommen natürlich Ihre 100-Tage-Frist, bevor wir Sie kritisieren. Die Fragen, die gestellt wurden, waren meines Wissens auch sehr berechtigt. Ich freue mich sehr, dass Sie gerade ein ausdrückliches Bekenntnis abgegeben haben, dass Sie sich vor die Sicherheitskräfte stellen, dass Sie sich vor die Feuerwehr stellen, übrigens insbesondere auch vor die Ehrenamtlichen; Kollege Schreiber hat es angesprochen. Sie scheinen auch mit den Kolleginnen und Kollegen vor Ort zu sprechen. Das ist etwas, was ich für ganz wichtig erachte – Herr Kollege Schreiber hat es angesprochen, wir machen das auch –, ob das bei der Gefangenensammelstelle beim LKA ist oder Ähnliches, denn nur dort bekommt man dementsprechend auch den richtigen Blick auf die Dinge, weil man da mit den Leuten spricht. Ich rede jetzt nicht von der Direktorebene, sondern auch von der mittleren Ebene. Das ist dann genau das Bild, das man braucht, um dementsprechend hier die richtigen Bewertungen zu treffen. Ich begrüße es ausdrücklich, dass Sie das Bekenntnis heute hier abgegeben haben.

Interessant ist übrigens auch, dass Sie viele Ihrer Tätigkeiten aus haushälterischer Sicht betrachten. Das ist ein guter Ansatzpunkt. Sie haben im Rahmen des Sanierungsstaus angesprochen, dass es da mitunter Schwierigkeiten gibt, weil nicht alles im Verantwortungsbereich des Landes Berlin liegt, sondern bei der BIM, insbesondere auch bei den Schießstätten. Eine

Schießstätte, die besonders betroffen ist, ist die in der Bernauer Straße gewesen, und die liegt auch in der Verantwortlichkeit des Bundes. Ich hoffe sehr, dass zukünftige übergebene Schießstätten dann auch in der Verantwortung des Landes bleiben, sodass Sie dann auch die unmittelbare Bezirksaufsicht haben. Herr Staatssekretär Akmann hat angesprochen, das war etwas, was über Jahre Versäumnisse getragen hat, das betraf in der Tat auch den ehemaligen Innensenator Henkel, und es ist etwas passiert. Ich freue mich, dass wir dort weiterhin seitens der Senatsverwaltung hören, dass Gesprächsbereitschaft besteht. Leider Gottes haben wir nicht nur erkrankte Beamtinnen und Beamte zu beklagen, sondern mittlerweile auch verstorbene. Das ist etwas, was uns sehr betroffen macht, und das Thema ist noch nicht vom Tisch. Daran müssen wir wirklich weiter arbeiten, und das erwarten auch die Betroffenen.

Herr Staatssekretär Akmann, lassen Sie mich noch kurz ein, zwei Sätze sagen zu dem Vorwurf, ich würde unseriös bezüglich der polizeilichen Kriminalitätsstatistik agieren. – Herr Staatssekretär, ich nutze die Zahlen aus Ihrer Verwaltung, und wenn ich Metropolregionen miteinander vergleiche – ich habe nicht nur München mit Berlin verglichen, sondern auch Frankfurt am Main –, dann ist es schon ein Stück weit realistisch und seriös, das dementsprechend miteinander ins Verhältnis zu setzen. Die Zahlen, die da sind, sind einfach da. Es geht nicht nur um die nackten Zahlen von Straftaten, es geht auch um Häufigkeitszahlen. Das sind Faktoren, die für unsere Arbeit wichtig sind, und da gilt es nicht zu sagen, in dem Augenblick, wo man Zahlen hat, die besorgniserregend sind, damit würde man gleich die Stadt schlechtmachen. Das tun sie nicht; sie stellen ein Bild dar, und es liegt an uns, dieses Bild zu verbessern, an der Senatsverwaltung, und das macht mitnichten die Polizeiarbeit madig. Ganz im Gegenteil, ich glaube, dass die Berliner Polizei, insbesondere auch das LKA und die Beamtinnen und Beamten auf der Straße jeden Tag hervorragende Arbeit leisten. Wir wissen aber natürlich alle, dass für die Sicherheitsbehörden die Aufklärung nicht bei der Polizei endet. Wenn mir ein Hauptkommissar aus dem LKA 52 sagt, dass von 80 mitunter schweren Straftaten, die an die Staatsanwaltschaft weitergehen, nicht einmal 10 Prozent zurückkommen, der Rest wird nach § 170 Abs. 2 StPO eingestellt, dann läuft irgendetwas falsch. Es endet also nicht bei der Polizeiarbeit, es geht weiter in die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen, und da ist einiges im Argen. Das wissen wir alle. Dementsprechend bin ich gespannt, wie sich das weiterentwickelt. Ich freue mich auf eine konstruktive Zusammenarbeit und bedanke mich nochmals für Ihre Ausführungen. – Danke!

Vorsitzende Gollaleh Ahmadi: Vielen Dank, Herr Woldeit! – Ich bräuchte einmal eine Abstimmung mit Ihnen, und zwar haben wir noch eine Redeliste, wir haben noch die Antwortbeiträge von Frau Senatorin, und auch Frau Polizeipräsidentin sollte heute zu Wort kommen, und eine sehr lange Tagesordnung inklusive Besonderer Vorkommnisse, die Herr Jotzo prioritär besprechen wollte. Jetzt ist die Frage: Machen wir beim Tagesordnungspunkt 2 heute weiter? Schließen wir die Redeliste und bekommen dann die Antworten und vertagen alles andere? Oder Sie halten sich alle kurz, und wir haben dennoch für alle anderen Punkte insgesamt 20 Minuten Zeit. Wir müssen Punkt 12 Uhr hier den Raum verlassen. – Herr Woldeit!

Karsten Woldeit (AfD): In Anbetracht des Umstandes, den Sie gerade geschildert haben, beantrage ich seitens meiner Fraktion die Vertagung unseres Antrages zur Drogenkriminalität.

Vorsitzende Gollaleh Ahmadi: Vielen Dank! – Gibt es noch weitere Wortmeldungen?

Björn Matthias Jotzo (FDP): Ich würde nur bitten, dass wir das Wortprotokoll auf die gesamte Stellungnahme der Verwaltung inklusive des Staatssekretärs ausdehnen, wenn das möglich ist.

Vorsitzende Gollaleh Ahmadi: Das haben wir schon. – Herr Schreiber!

Tom Schreiber (SPD): Es wäre gut, wenn wir den Tagesordnungspunkt 1 fertig bekommen, vielleicht noch Tagesordnungspunkt 2. Wenn der Tagesordnungspunkt 2 nicht geht, müssen wir das nächstes Mal machen. Herr Homrighausen von der Feuerwehr ist ja auch dabei, daran will ich nur erinnern; es warten ja auch Leute. Und die CDU müsste sagen, ob die Anträge vertagt werden.

Vorsitzende Gollaleh Ahmadi: Ja, ich bezweifle allerdings, ob wir das alles innerhalb von 20 Minuten schaffen. – Herr Balzer!

Frank Balzer (CDU): Ich würde mich dem Votum anschließen, dass wir auf jeden Fall die Tagesordnungspunkte 1 und 2 noch abarbeiten und die anderen Punkte dann vertagen.

Vorsitzende Gollaleh Ahmadi: Gut. – Ich sehe zwischen SPD und CDU Übereinkommen, dass wir die Tagesordnungspunkte 1 und 2 abschließen. Ich möchte trotzdem sagen, wir müssen um 12 Uhr hier Schluss machen, auch wenn wir mit Tagesordnungspunkt 2 nicht durch sind, damit Sie das alle einmal zur Kenntnis nehmen. – Herr Balzer!

Frank Balzer (CDU): Ich mache es recht kurz. Das war gar nicht vorgesehen, aber die Ausführungen von Herrn Staatssekretär Akmann zum Thema Schießstände verleiten mich doch noch mal, etwas dazu zu sagen, weil der elegante Versuch gemacht wurde, dies jetzt ausschließlich bei Herrn Henkel abzuladen. Das ist so nicht richtig. Die Beschwerde und das Öffentlichmachen der Problematik bei den Schießständen erfolgte in der Amtszeit des Senators Körting. Polizeipräsident war Herr Glietsch. Wenn Sie es wünschen, kann ich Ihnen auch das Datum des Briefes zukommen lassen. Herr Körting hatte noch zwei Jahre Zeit gehabt, dann kam der Wechsel in der Innenbehörde. Herr Henkel hat dann die ersten Schießstände geschlossen und die Planung für neue Schießstände in Auftrag gegeben. Herr Geisel hatte das Glück, dass er sehr viele dieser Einrichtungen dann eröffnen konnte.

Vorsitzende Gollaleh Ahmadi: Gut. – Herr Jotzo hat jetzt das Wort und danach die Senatsverwaltung!

Björn Matthias Jotzo (FDP): Danke, meine Wortmeldung betraf nur das Verfahren!

Vorsitzende Gollaleh Ahmadi: Gut, vielen Dank! – Frau Senatorin!

Senatorin Iris Spranger (SenInnDS): Ich halte mich kurz, damit die Polizeipräsidentin noch etwas sagen und Herr Staatssekretär Akmann noch etwas erwidern kann. Den Oranienplatz werde ich mir natürlich anschauen, weil hier diese Bitte kam. Das guck ich mir an.

Bernauer Straße, Schießstände, Bund: Ich stehe sowieso ständig, auch wegen anderer Themen, mit dem Bund in Verbindung, zum Beispiel auch über unsere Polizeihunde und, und, und. Insofern werde ich auch das ansprechen. Ansonsten würde ich jetzt die Polizeipräsidentin

tin bitten, Ihre Ausführungen zu machen, weil viele Fragen auch an sie gerichtet worden sind, und Herr Akmann dann noch mal zur Korrektur.

Vorsitzende Gollaleh Ahmadi: Vielen Dank, Frau Spranger! – Dann haben Sie das Wort, Frau Polizeipräsidentin Slowik!

Dr. Barbara Slowik (Polizeipräsidentin): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich will mich wirklich ganz kurz halten in Anbetracht der Zeit und beschränke mich vor allem auf die Frage von Herrn Penn nach der Begrenzung der Ausbildungskapazitäten; Herr Penn hatte das mit Blick auf den Vollzug gefragt. Bekanntermaßen haben wir in den letzten Jahren die Ausbildungskapazität verdoppelt – das ist, denke ich, bekannt –, an der PA ebenso wie an der HWR. Das ist leistbar. Da ist vielleicht noch ein bisschen mehr leistbar. Wie gesagt, im Hinblick auf mögliche denkbare Stellen, die da kommen, denke ich, sind die PA und die HWR insoweit gut gerüstet. Die zentrale Frage, die sich immer stellt, ist die nach dem geeigneten Nachwuchs. Wie finden wir den geeigneten Nachwuchs? Wie erreichen wir das Interesse des geeigneten Nachwuchses? Da sind zahllose Maßnahmen in der letzten Legislatur veranlasst worden von ganz groß, von Wohnmöglichkeiten für unseren jungen Nachwuchs, der mir ganz besonders am Herzen lag, bis hin zu etwas kleiner wie den Führerschein. Vieles ist passiert. Es bleibt so, wir haben eine harte Konkurrenz. Auch das ist hinlänglich bekannt, und das ist eigentlich der Kern, um den es gehen muss. Da ist von zentraler Bedeutung die Attraktivität der Polizei Berlin als Arbeitgeberin, und dafür ist es wichtig, dass so etwas wie jetzt diese Beförderungen auch in dieser Zeit möglich ist, denn wenn man weiß, es gibt eine berufliche Perspektive in der Polizei Berlin, die es lange Jahre nicht gab, man wird befördert, die Arbeit wird wertgeschätzt, auch von der Politik in dieser Stadt, dann ist das ein Teil der Attraktivität. Das heißt also, für denkbare mögliche Stellen, über die wir uns freuen, sind die HWR und die PA immer noch gut vorbereitet.

Ein anderes Thema: Wir brauchen nicht nur Stellen für den Vollzug, sondern mindestens ebenso dringend brauchen wir auch Tarifbeschäftigte, sei es als Experten, sei es im Objektschutz, sei es, und das ganz dringend, und das ist bitte immer zu bedenken, in der Verwaltung. Deswegen freuen wir uns über alles, was die Haushaltsverhandlungen und dann auch die Entscheidungen hier im Parlament für die Polizei Berlin ergeben werden.

Herr Wansner, ganz konkret zu Ihrer Frage: Es war ein Kollege, der am Augenlicht verletzt wurde am Rande des Versammlungsgeschehens zur Räumung des „Syndikats“. Den haben wir ganz eng betreut, auch der Vizepräsident hat ihn besucht. Er ist durch eine Notoperation wiederhergestellt, hat noch geringfügige Beeinträchtigungen, aber es geht ihm soweit gut.

Zu der Darstellung, Herr Balzer, dass vielleicht wenig passiert ist oder mehr hätte gefordert werden müssen, was die Sanierung in der Polizei angeht, denke ich, werden noch genügend Ausführungen folgen. Ich glaube, das ist schlicht unrealistisch, und das ist auch bekannt. Es ist eine ganze Menge passiert, auch über SIWANA-Mittel. Darüber waren wir sehr froh. Ich will Ihnen nicht die ganze Liste vorlesen von erfolgreichen Bauprojekten seit 2016, seien es Raumschießanlagen, Einsatztrainingszentren, Gallwitzallee wurde genannt, Ringbahnstraße, unser neues Antiterrorzentrum, Sanierung und Erweiterung der Sporthalle in der Charlottenburger Chaussee, Drehscheiben in der Charlottenburger Chaussee und, und, und. Und da noch nicht erwähnt ist natürlich die ständige Arbeit an Sanierungen und Renovierungen im Bereich der Sanitäranlagen, der Küchen, die jetzt nicht einzeln aufgelistet werden können, denn die

sind in der Breite da. Es gibt noch viel zu tun, aber es ist doch das eine oder andere deutlich geschehen.

Vorsitzende Gollaleh Ahmadi: Vielen Herzlichen Dank! – Herr Staatssekretär Akmann!

Staatssekretär Torsten Akmann (SenInnDS): Ganz kurz noch drei Sätze zum Thema Schießstandaffäre – so wurde es, glaube ich, öffentlich genannt. Herr Balzer, es ist so: Sie hatten eine gewisse Kritik geäußert an dem Ausgleichsfonds, den Rot-Rot-Grün aufgelegt hat. Wir sind die gewesen, die sich sozusagen des Themas angenommen haben, und das ist auch damit gemeint gewesen, was ich eben gesagt habe. Unter der Amtszeit von Herrn Henkel ist wichtige Zeit verlorengegangen, weil das, was er gemacht hat, im Endeffekt nicht hilfreich war. Er hat eine Studie bei der Charité in Auftrag gegeben, die überhaupt nicht geholfen hat. Wir haben dann sozusagen Geld in die Hand genommen und haben erste Opfer entschädigt, und diesen Weg werden wir auch weitergehen.

Vorsitzende Gollaleh Ahmadi: Vielen Dank, Herr Akmann! – Herr Balzer!

Frank Balzer (CDU): Ich habe nicht mit einem Wort den Fonds kritisiert. Ich weiß gar nicht, wie Sie auf diese Idee kommen. Das war nicht mit einer Silbe erwähnt, dass ich dort Kritik geäußert habe. Im Gegenteil, das ist nicht passiert, das ist früher nicht passiert. Wenn man eine Studie in Auftrag gibt, weiß man am Anfang nicht, was am Ende des Tages herauskommt, und wenn es nicht hilfreich war, ist es bedauerlich, aber trotzdem war der Ablauf, wann dies öffentlich wurde, ein anderer, nämlich so, wie ich ihn geschildert habe.

Vorsitzende Gollaleh Ahmadi: Gut, vielen Dank, Herr Balzer! – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich gehe davon aus, dass die Besprechung von Tagesordnungspunkt 2 a und 2 b hiermit abgeschlossen ist.

Punkt 3 (neu) der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0006](#)
InnSichO
Corona-Situation bei der Berliner Feuerwehr und Polizei
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0009](#)
InnSichO
Auswirkungen der Corona-Situation bei Polizei und Feuerwehr (mit Rettungsdienst)
(auf Antrag der Fraktion der CDU)

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 4 (neu) der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 19/0028

**Der Organisierten Kriminalität keine kontrollfreien
Räume bieten!**

[0002](#)
InnSichO

Vertagt.

Punkt 5 (neu) der Tagesordnung

Antrag der AfD-Fraktion
Drucksache 19/0013

**Rauschgiftkriminalität bekämpfen! Mehr
Ressourcen, mehr Personal und vor allem ein
politischer Wille zum Handeln**

[0003](#)
InnSichO

Vertagt.

Punkt 6 (neu) der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 19/0087

**Aufklärung notwendig – Der „Al-Quds-Tag“ ist kein
Tag der Vielfalt!**

[0004](#)
InnSichO

Vertagt.

Punkt 7 (neu) der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Planungen der Senatsverwaltung für Inneres,
Digitalisierung und Sport sowie der Polizei Berlin
für eine Polizeiwache am Kottbusser Tor**
(auf Antrag der Fraktion der CDU)

[0005](#)
InnSichO

Vertagt.

Punkt 8 (neu) der Tagesordnung

Besondere Vorkommnisse

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 9 (neu) der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.